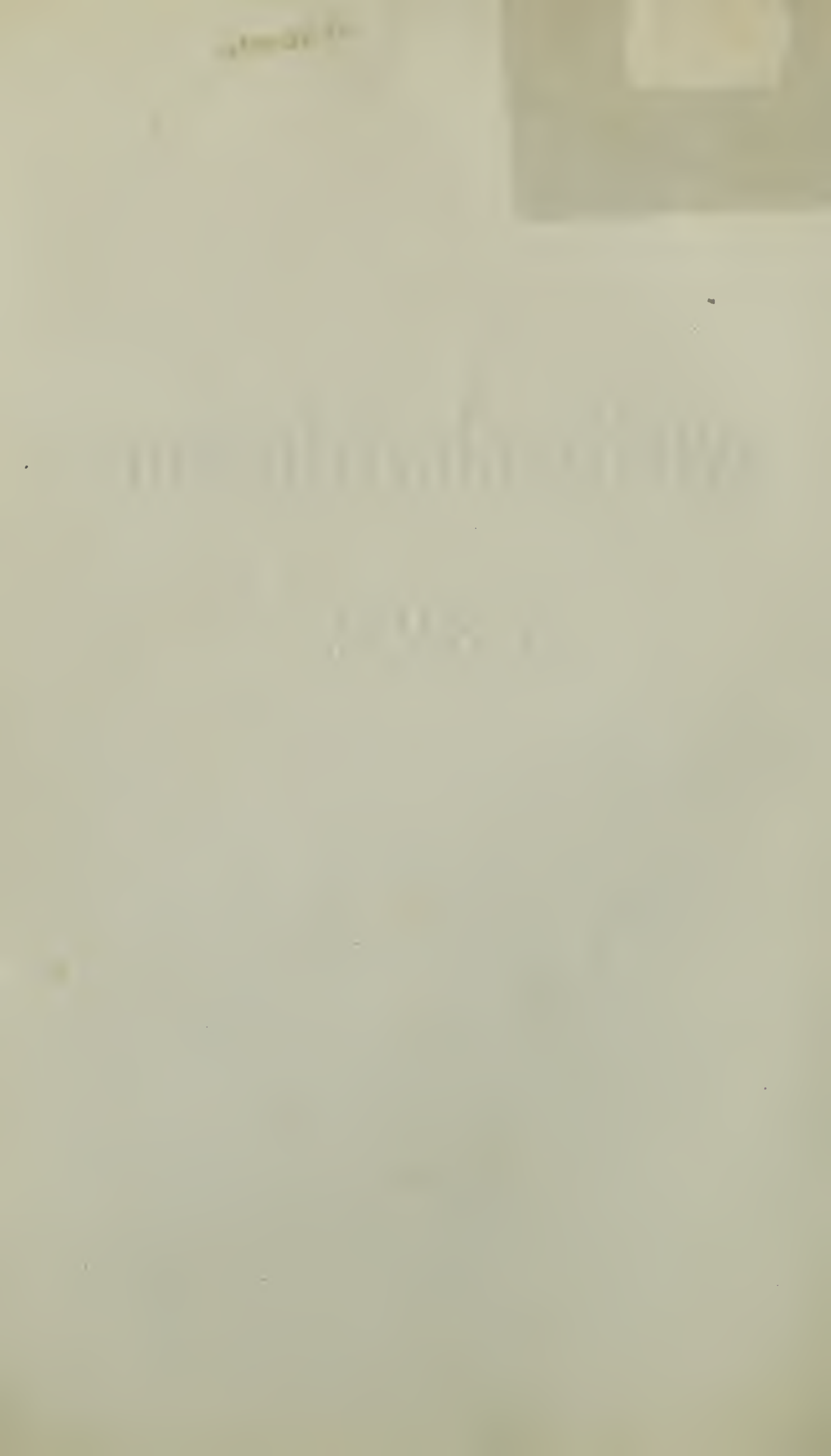
Zur wirthschaftlichen Lage.



WIEN, 1875.

VERLAG VON L. ROSNER,

Tuchlauben Nr. 22.



I.

Auch die drei verfassungstreuen Clubs des österreichischen Abgeordnetenhauses sind nach vielstündiger Berathung zu dem Resultate gekommen, dass es ihnen, wie bisher Allen, die es versucht haben, die Wundermittel gegen die wirthschaftliche Krise zu finden, nicht möglich sei, den Stein der Weisen zu entdecken. Das Gewitter, das im Mai des vorigen Jahres niederging und vor welchem gar mancher sich hinter der Maschine in seiner Fabrik oder in seiner Werkstatt sicher glaubte, und welches zu beschreiben Viele schon unternahmen, bevor die Taube mit dem Oelzweige zurückgekehrt war, hat mächtige Fluthen erzeugt, denen nicht das Eisen und nicht der Gänsekiel zu widerstehen vermochten. Die Börsenkrisis, oder wie sie vorzeitig und einseitig genannt wurde, die Speculationskrisis des Jahres 1873, ist nicht in eine officielle Handelskrisis übergegangen, die äusseren Symptome einer solchen: massenhafte Banquerotte in der Handelswelt, eine enorme Vertheuerung des Zinsfusses haben in anderthalb Jahren nicht Platz gegriffen. Wie auch? Die österreichische Industrie führte bis zum Jahre 1866 ein trauriges Dasein und wie heute, so konnte man damals in jedem Laden hören, wie schlecht die Geschäfte gingen. In den Jahren 1867—1873 spielte sich ein merkwürdiges Zwischenspiel ab. Nicht etwa, dass, mit Ausnahme der Bau- und Eisenindustrie, auf den anderen Gebieten ein imponirender und den Keim der Dauer in sich tragender Fortschritt zu Tage getreten wäre; aber, was die Web-

stühle, die Spindel und die hydraulische Zuckerpresse nicht leisteten, das bot die Börse. Die Bücher aller aufrecht gebliebenen und aller zu Grunde gegangenen Banken, aller Wechselstuben und aller Börsen-Comptoirs liefern den Beweis, dass unsere Industriellen den Ersatz für den nicht aufzubringenden legitimen Gewinn aus ihrem Geschäfte an der Börse zu holen suchten, und eine erste Folge der Katastrophe war, dass viele Kaufleute ihre Börsenverluste mit langsichtigen Wechseln beglichen, welche die Portefeuilles der Institute zum guten Theil noch heute füllen. Allein während des allgemeinen Taumels genügten die Differenz- und Syndicatsgewinne zur Deckung des Ausfalles in der Industrie, und die Klagen verstummten. Mit der Ernüchterung ist die Reue gekommen und mit der Reue die Besserung, d. h. die abtrünnigen Industriellen sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt. Da trafen sie nun die Verringerung des Verbrauchs, welche im Gefolge der Krisis einherschritt. So repräsentirt sich die Lage unserer österreichischen Industrie nicht in dem Bilde einer Krisis, hervorgerufen durch Ueberproduction, welche durch alle ihre Consequenzen zu einem Zusammenbruche führt, sondern in einer Nothlage, hervorgegangen aus dem Mangel an Arbeit. Daher kommt es auch, dass die Banken, welche den Escompt zu ihrer Aufgabe machten und im directen Verkehre mit Industrie und Handel stehen, während der ganzen Krisis wenig erhebliche Verluste aufzuweisen haben; sie bekamen in den letzten Jahren des Schwindels und bekommen jetzt in der Krisis fast keine Waarenwechsel. Die Industrie feiert, und das ist ihre Krise.

Stellt man die Diagnose so richtig, dann ergibt sich theoretisch das Mittel der Abhilfe sehr einfach, es heisst: Arbeit und Absatz. Leider haben die verschiedenen Regierungen nicht dafür gesorgt, einen *Fonds perdu* anzulegen, aus welchem man ein Mal alle faulen Actien einer überladenen Börse abnehmen und ins Feuer werfen kann, um den Geldmarkt aufzurichten, und ein anderes Mal ungemessene Bestellungen in den Fabriken zu machen vermag, damit die ruhenden Maschinen frisch geölt und in Betrieb gesetzt werden können. Freilich würden die Steuerzahler eines jeden Landes und

selbst die Börsen-Speculanten und Fabrikanten unter ihnen scharfen Widerspruch erheben, wenn man ihnen für einen solchen Fonds ihr Geld abverlangen wollte.

Das Kopfzerbrechen über die Mittel zur Abhilfe hat indessen, wiewohl bisher resultatlos, noch kein Ende gefunden. Auf der einen Seite stehen jene erfindungsreichen Köpfe, welche wie die Alchimisten für jede Calamität einen Wundertrank bereiten, auf der anderen die grosse Zahl derer, welche laut oder stillschweigend eingestehen, dass sie nicht helfen können. Am wenigsten aber sind noch diejenigen hervorgetreten, welche eine ernstliche Untersuchung der Ursachen des gegenwärtigen bedauerlichen Zustandes unternommen haben und auf diesem Wege zu manchem werthvollen Schluss für die Zukunft gelangt sind. Es ist auch schwer, sich auf dieses Gebiet zu begeben; denn wagt es ja Einer, eine Idee auszusprechen, durch welche mindestens an einer Stelle Linderung hervorgerufen werden könnte, so ist er sicher ein Anwalt der verruchten Börse und will eine neue Epoche des Schwindels insceniren, oder er protegirt die Bevorzugung eines Industriezweiges, die man doch unmöglich gelten lassen kann, weil alle ein gleiches Recht auf Unterstützung und auf Besserung geltend machen. Ich scheue indessen diese Anklagen nicht, sie sind die hässliche Nachgeburt der Krise und werden vergehen. Ich wage es, die Sonde an die Wunden zu legen und zu sagen, was ich gefunden habe. Ich weiss, dass man mich kritisiren wird, wie ich jetzt selbst kritisire. Ich gehe darum leichten Herzens ans Werk und will die ungeschminkte Wahrheit sagen, bereit, sie ebenso von Anderen zu empfangen.

II.

Die Ursachen der Nothlage der österreichischen Industrie lassen sich in zwei Kategorien theilen: in verschuldete und unverschuldete. Es ist vergeblich, die ersteren in den Klagen über

ihren Verfall zu verbergen, ja, wer ehrlich sein will, muss gestehen, dass dieses Herunterkommen vielfach gar nicht mit der augenblicklichen Krisis zusammenhängt. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher z. B. Wien eine schwunghafte Perlmutter-Fabrikation betrieb, und Diejenigen, welche zu Beginn sich betheiligten, wurden rasch wohlhabende Leute. Die Länder der Balkan-Halbinsel waren vornehmlich die bereitwilligen Abnehmer dieses Artikels. Seit mehr als einem Decennium kennt man die Perlmutter-Industrie in Wien kaum mehr dem Namen nach; nicht etwa, weil unsere Nachbarn im Süd-Osten sich freiwillig auf die Suche nach einem billigeren und schöneren Producte begeben hatten, sondern sie wurden gezwungen, mit dem Einkaufe in Wien innezuhalten. Wodurch? Diese Waare wird nach Stücken gehandelt; so oft der Käufer nach Hause kam und sein Paket öffnete, fehlte von dem Tausend oder von dem Hundert just so viel, als er für seinen Gewinn im Zwischenhandel angenommen hatte, er erhielt nicht die Summe dessen, was er gekauft und bezahlt hatte. Unsere einstigen Consumenten kaufen ihre Perlmutterstücke jetzt anderswo, Wien hat durch eigenes Verschulden den sonst sehr lucrativen Zweig verloren. Ich habe hier zuerst eine kleine Industrie genannt, ich stehe nicht an, auf grössere hinzuweisen. Man war gewohnt, Brünn das österreichische Manchester zu heissen; es ist eine traurige Thatsache, dass die mährische Landeshauptstadt dieses vornehme Prädicat bereits ablegen musste. Von den unverschuldeten Ursachen dieser Abdication spreche ich später. Zu den verschuldeten aber gehört die nur allzu häufig vorkommende Nichteinhaltung des eingegangenen Vertrages. Der österreichische Industrielle empfindet nicht immer die Strenge des kaufmännischen Gesetzes, die Waare nach Muster zu liefern, volles Gewicht und volles Maass zu geben, eine Eigenschaft, die, wenn man es nur ehrlich gestehen will, zu den Zierden des englischen, französichen und belgischen Fabrikanten zählt. Ich erinnere mich noch lebhaft aus meinen Jugendjahren, wie die Kaufleute, als sie nach Brünn zum Markte fuhren, um ihren Bedarf zu decken, einen Abgang von einer und zwei Ellen bei einem Stück Leinwand oder Tuch

schon in den Bereich des Gewöhnlichen nahmen und dass sie gar oft durch ganz andere Defecte traurig überrascht wurden. Der Gewinn des Zwischenhändlers war verloren. Allein damals genirte dies den Fabrikanten noch wenig. Die Schutzzoll-Politik und der Mangel an rascher Communication mit dem Auslande sicherten ihm seinen Absatz im Inlande. Seitdem haben sich zwar auch die Ansichten über kaufmännische Solidität gebessert, aber das Zollsystem und die Ausbildung der Verkehrswege sind noch viel rascher vorangegangen, so dass der Zwischenhändler heutzutage sein Augenmerk auf die ausländischen Waaren richtet, bei denen er darüber vollkommen beruhigt sein kann, dass sie dem bestellten Muster entsprechend und maass- und gewichthaltend sind. Der Zwischenhändler ist es also, der, indem er seinen Bedarf im Auslande deckt, den inländischen Producenten bedroht.

Eine andere Klippe, an die unsere Fabrikation gar oft geräth, ist ihr eigener Calcul. In Paris existirt ein Etablissement „*Au bon marché*". In diesem Hause wird an Jedermann nur gegen fixe Preise und baare Bezahlung verkauft und an seiner Thür hält Arm und Reich, Hoch und Niedrig, weil die Waare durchaus preiswürdig und solid ist. Die Einnahmen dieses Magazins betragen durchschnittlich täglich eine Viertel Million Franken, was, das Geschäftsjahr zu dreihundert Tagen angenommen, fünfundsiebzig Millionen Franken ausmacht. Das Haus arbeitet mit einem Nettogewinne von drei Procent. Man wird sagen, bei einem so riesigen Absatze sei es leicht möglich, sich mit drei Procent zu begnügen, denn das gäbe noch einen Gewinn von mehr als zwei Millionen Franken. So aber ist das Raisonnement falsch, es muss umgekehrt werden: Weil das Haus mit nur drei Procent arbeitet und durchweg reelle Waare bietet, sind seine Umsätze so immense. Der österreichische Producent steht auf einem anderen Standpunkte. Er legt seinem Calcul in der Regel einen so grossen Gewinn zu Grunde, dass er sich dadurch die Concurrenz mit dem Auslande und den Absatz seiner Erzeugnisse sehr erschwert. Zugegeben, dass bei dieser Rechnung die verhältnissmässig grossen Selbstkosten und der theuere Zinsfuss gleichsam zum Maasstabe werden, wird man

doch nicht verkennen dürfen, dass in diesen Ansätzen ein schwer ins Gewicht fallender Fehler liegt. Ist es doch vorgekommen, dass im Frühjahre 1874, als der österreichische Handelsminister eine Concurrenz-Verhandlung für Lieferungen für die aus Staatsmitteln zu erbauenden Eisenbahnen veranstaltete, alle Offerten österreichischer Fabrikanten, unter sich nicht viel abweichend, auf höhere Preise hinausgingen, als in den Jahren 1872 und 1873, und dass es dem Minister nur nach der entschiedenen Erklärung, er würde es trotz der allgemeinen Nothlage mit seiner Verantwortlichkeit nicht vereinbaren können, die theueren inländischen Offerten anzunehmen und die viel billigeren ausländischen zurückzuweisen, gelang, die österreichischen Offerenten zu Nachlässen zu bestimmen. Es wird später, wenn von der Nothlage der Eisenindustrie ausführlich die Rede ist, dieses Verhalten gebührend berücksichtigt werden; hier habe ich diese traurige Thatsache, welche allein genügen würde, die Regierung stutzig zu machen, nur erwähnt, um zu zeigen, dass unsere vaterländischen Industriellen nicht wie die fremdländischen calculiren. Es sieht auf anderen Gebieten unserer Production nicht besser aus, von dem traditionellen halbleeren Bierglase angefangen bis zu den grossen Getreidesendungen, die wir dem Auslande zuführen. Hätten unsere Landwirthe im August und September dieses Jahres die wirklichen Verhältnisse zu würdigen gewusst, hätten sie nicht einen unhaltbaren Calcul aufgestellt, um einen unmöglichen Gewinn zu erzielen, so wäre Oesterreich-Ungarn heute schon im Besitze stattlicher Millionen aus dem Auslande und dieses frische Geld wäre bereits als neu gewonnenes Capital segenbringend gewesen. Wer weiss, ob dieser Fehler überhaupt noch gut zu machen ist; ein Verschulden, das um so bedeutungsvoller wirkt, als unser Export in der Hauptsache leider auf die Getreide-Ausfuhr zusammengeschmolzen ist.

Ich übergehe zu den ausserhalb der Producenten liegenden und unverschuldeten Ursachen des Verfalls der österreichischen Industrie. Sie sind: Die theueren Selbstkosten, das theuere Geld, der beschränkte Verbrauch, der Mangel an Export. Unter allen Vier ist

der letzte derjenige, bei welchem vielleicht eine Abhilfe am ehesten möglich ist. Unter den hohen Erzeugungskosten leidet in Oesterreich Alles und Jedermann, denn sie beginnen bei der einfachsten Arbeit und hören bei den kostbarsten Producten nicht auf. Wesentlich Schuld daran trägt der Charakter des Landes als der eines Agrikulturstaates. Wenn die Scholle auch noch so klein ist, so hängt der Eigenthümer doch mit der ganzen Ausdauer eines freien selbstständigen Mannes daran. Der Stock einer grossen und wohlgeschulten Arbeiterbevölkerung fehlt nur allzu oft. Es liegt auf der Hand, dass dem nicht leicht und nicht rasch abzuhelfen ist. Eher noch wird dies in der Frage des allgemeinen Zinsfusses thunlich sein. Unter den sehr wenigen guten Folgen der Krisis ist die Verwohlfeilung des Discontosatzes voran zu nennen. Derzeit geniesst freilich blos der unanfechtbare Wechsel erster Qualität diesen Vortheil. Das kommt indess nur aus der noch bestehenden Verworrenheit und Unsicherheit der Verhältnisse. Wenn die Gemüther sich einmal beruhigt haben und wenn das geschäftliche Leben aus der augenblicklichen Beängstigung und Beklommenheit heraus in ein normales, besseres Geleise kommt, so kann es nicht fehlen, dass auch zweites und drittes Papier an der gewonnenen Erleichterung participiren. Der Gründungsschwindel der Banken ist auf lange Zeit vorbei, jetzt reserviren sie noch riesige Baarbestände für unvorhergesehene, vielfach für unmögliche Fälle, um unter allen Umständen ihre eigene Existenz ungefährdet zu erhalten. Unverzinstes Geld ist aber der stärkste Stachel, Geschäfte zu machen, weil es Niemandem conveniren kann, für die Dauer von seinem Capitale zu zehren, am allerwenigsten einer Bank, die alljährlich öffentlich zu sagen verpflichtet ist, wovon sie ein Jahr lang gelebt hat. So wenig unsere Banken sich früher um das Escompte-Geschäft bekümmert haben, so sicher und so nachdrücklich werden sie es aufzusuchen gezwungen sein. Es ist also mit Grund zu hoffen, dass eine nicht ferne Zeit hier Abhilfe bringen und dass somit die Industrie an billigerem Gelde eine Erleichterung und Aufmunterung finden werde. Freilich muss das auf natürlichem Wege kommen, wie im früheren Falle;

die staatlichen Vorschusskassen, auch wenn man ihre Dauer verlängert, können es nicht zu Stande bringen, weil es dazu des Zusammenwirkens und Ineinandergreifens des gesammten, in der Residenz wie in den Provinzen vorhandenen Bankensistems bedarf. Es war eine traurige Genugthuung, die in nicht gerade engen Kreisen beim Zusammenbruch dieser und jener Bank empfunden wurde. Hätten wir kein Bankensistem, so müsste es geschaffen werden, denn die Decentralisation des Geldes ist eine Grundbedingung fortschreitender industrieller Thätigkeit. Das alte Banquiersistem der Zeit der heiligen Allianz konnte nur genügen, als Bank und Banquier blos die Aufgabe hatten, erzielte Ueberschüsse in zinstragenden Papieren gegen billige Provision anzulegen oder reisenden Diplomaten Creditbriefe mitzugeben. Das Zeitalter der Maschinen verlangt, dass ihre Achsen nicht nur zwischen geölten Büchsen, sondern auch neben gefüllten Börsen laufen, der Escompte wurde das unerlässliche Correlar der Industrie. Ist doch in Oesterreich mit sehr wenigen Ausnahmen eine Abart dieser Methode der Geldbeschaffung, nämlich die Belehnung von Waaren fast vollkommen unbekannt, während die kleine Schweiz in Städtchen wie Rapperswyl, von Genf und Zürich nicht zu sprechen, ihre Entrepôts besitzt.

Die Hauptfrage für unsere Industrie ist indessen der Export und der Herr Minister des Aeusseren ist der Erste, welcher berufen erscheint, unsere Landes-Calamität beseitigen zu helfen. Die grosse Politik ruht, die Dreikaiser-Allianz hat jede ernste Frage abgesetzt, dauernde Garantien des Friedens sind gewonnen und Graf Andrassy hat Zeit, die wirthschaftliche Frage zu studiren. Ihm kann es nicht unbekannt sein, dass Amerika grossen Bedarf an Schienen hat, dass sich dort kein Rohmaterial vorfindet, und daher das Product eingeführt werden muss. Die Engländer und die Belgier sind es, welche derzeit Vortheil daraus ziehen. Der Minister des Aeusseren muss auch wissen, dass man in Oesterreich leider keine genaue Kenntniss des amerikanischen Marktes besitzt und darum sich scheut, Anknüpfungspunkte zu suchen. Es bleibe ununtersucht, wen die Schuld für

diese Unkenntniss trifft, aber so viel ist doch gewiss, dass es keine dankbarere Aufgabe für den Minister des Aeusseren geben kann, als der österreichischen Eisenindustrie diese Berührungspunkte und Geschäftsverbindungen möglichst rasch zu schaffen, im Wege der Gesandtschaften, vor Allem im Wege der Consulate, wenn es sein muss durch specielle Agenten, aber rasch. Triest kann eben so gut als Ladeplatz dienen, wie Liverpool und Southampton und die österreichischen Industriellen werden, belehrt durch die schmerzlichen Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre, wohl geneigt sein, sich den englischen und belgischen Preisen zu accommodiren, wenn dabei auch nur ein sehr bescheidener Gewinn herauszuschlagen ist. Der Minister des Aeusseren muss auch wissen, dass wir bis vor gar nicht langer Zeit einen namhaften Theil unserer Cerealien in veränderter Gestalt in Italien abgesetzt haben, und dass dieses Land einer unserer stärksten Spiritus-Consumenten war. Italien hat, um die an den österreichischen Grenzen entstandenen Brennereien zu unterstützen, beinahe willkürlich und jedenfalls durch eine gewaltsame Auslegung der bestehenden Vertragsverhältnisse, dem österreichischen Spiritus einen Eingangszoll auferlegt, welcher die Versendung dahin völlig unmöglich machte, und erst jetzt, nachdem der Preis dieser Waare um fast ein Drittel gesunken ist, beginnt wieder ein theilweiser Absatz in das genannte Land. Ist der Minister des Aeusseren nicht berufen, diese Frage, über welche diplomatische Verhandlungen schon lange schweben, endlich zum guten Abschlusse zu bringen? Zu der Zeit, als durch das Schutzzoll-System und die erschwerte Zufuhr aus dem Auslande unsere Industrie ihren Absatz daheim fand, beachtete sie kaum die Thatsache, dass sie einen regen Verschleiss auch in der Türkei und in den Donau-Fürstenthümern fand. Heute ist die Festhaltung oder vielmehr die Wiedereröffnung dieses Gebietes eine Lebensfrage für unsere Production und der Herr Minister des Aeusseren, der sich des Einflusses Oesterreichs am goldenen Horn sicher bewusst ist, hat die Pflicht, unserer ganzen Industrie die Wege dahin frei zu machen. Dass in Belgrad das engliche Product das österreichi-

sche verdrang, ist eine Beschämung, welche abzuwehren eine Pflicht vor Allem des Ministers des Aeusseren ist. Sicherlich hat Graf Andrassy guten Willen, seine Verhandlungen mit Russland mögen immerhin als Beweis dafür gelten. Wenn er aber erst einmal Resultate aufzuweisen haben wird, dann wird sein Verdienst ein viel grösseres sein.

Man wird mit einer Abwehr leicht bei der Hand sein und auf Verträge hinweisen, nicht bloss auf Verträge, welche wir mit fremden Ländern abgeschlossen haben, sondern welche von den anderen Staaten unter einander vereinbart worden sind, man wird von Zolltarifen und von dem Verhältnisse der meist begünstigten Länder sprechen und sagen: eine Aenderung sei kaum zu erzielen. Es handelt sich aber gar nicht um die Aenderung von Zoll-Verträgen, das wäre ein viel zu langwieriger Weg. Was ich in erster Linie verlange, ist eine energische und unermüdliche Agitation für die österreichischen Handelsinteressen unter der Führung des auswärtigen Amtes. In schweren Zeiten muss anders gehandelt werden, als im Strome der fortlaufenden Gewöhnlichkeit.

Man weist so gerne auf die Schwierigkeiten der Zollpolitik hin, die jetzt mit zwei Ministerien und zwei Reichsvertretungen zu vereinbaren ist, um zu beweisen, wie mühsam es sei, vorzudringen. Die Zollfrage ist bekanntlich eines der schwierigsten Probleme der Volkswirthschaft geworden und eigentlich nur in denjenigen Ländern einer glücklichen Lösung nahe gebracht, welche dabei den crassesten Egoismus zum Leitstern ihrer Handlungen nehmen, ohne sich irgendwie um die theoretischen Streitigkeiten der nationalökonomischen Gelehrten zu bekümmern. Das Beispiel Nordamerika's ist in dieser Richtung sehr lehrreich, und wie wenig England sich um den Federstreit und um die an seinen Universitäten docirten Sätze kümmert, beweist ein Factum aus der neuesten Zeit. Die Auffälligkeit, dass man in Ostindien nur Baumwolle und gar keine Fabrikate aus derselben hervorbringt, war eine so drastische, dass sich endlich im Laufe der letzten Jahre einige unternehmende Leute fanden, welche daselbst Spinnereien errichteten. Die Etablissements

fanden eine leidliche Existenz, die sich erheblich besserte, als ein kleiner Finanzzoll auf Gewebe für Indien bewilligt wurde. Vor wenigen Wochen begab sich eine Deputation englischer Spinner und Weber zum Schatzkanzler und erhob Beschwerde über diesen Finanzzoll, indem sie sich beklagte, dass dadurch dem Mutterlande der Absatz in Ostindien geschmälert werde und ein erheblicher Gewinn entgehe. Die Herren hatten mit Sicherheit darauf gerechnet, von der Regierung die Zusage einer Abhilfe zu bekommen und waren nach einem Berichte der „Times“ bitter enttäuscht, als der Minister ihnen erwiderte, dass der Regierung an der wirthschaftlichen Entwicklung Ostindiens so sehr gelegen sein müsse, dass sie, falls es sich nützlich erweisen sollte, eher in die Erhöhung dieses Finanzzolles in eine Art Schutzzoll willigen würde, als dass sie sich entschliessen könnte, den für Ostindien gewonnenen Vortheil um des Nutzens des Mutterlandes willen aufzugeben. Das Factum ist sehr lehrreich. Es zeigt, dass in dem wirthschaftlich entwickeltsten Lande der Welt das Staatsinteresse der Alles beherrschende Gedanke ist. Frägt man bei uns, von welchen Anschauungen man sich leiten lassen solle, so antworten die meisten Industriellen mit dem Schutzzolle und in der That hat in der letzten Zeit unter dem Eindruck der Krise das Schutzzoll-System in einer für die Zukunft bedauerlichen und gefährlichen Weise Anhänger gefunden. Auf der andern Seite steht das grosse Heer der Consumenten und der Theoretiker der neuen wirthschaftlichen Schule, welche insbesondere mit Berufung auf den Charakter des Landes als eines landwirthschaftlichen dem Freihandel die Thore weit geöffnet wissen wollen. Die Regierung sieht auf der einen Seite die grosse Masse und auf der anderen Seite hört sie das laute Geschrei, und es ist in der That nicht leicht, in einem unfertigen, in seinem wirthschaftlichen Charakter nicht genügend markirten Lande das Richtige zu treffen. Ich denke, man soll es in Oesterreich wie in Amerika machen und frei geben, so viel nur frei gegeben werden kann, aber auch schützen, was nothwendig geschützt werden muss, immer vorausgesetzt, dass sich der dieses Schutzes bedürftige Theil der öster-

reichischen Industrie durch bessere Einsicht und durch grössere Reellität dieses Schutzes würdig zeigt. Denn so kann der Schutz in keinem Falle verstanden werden, dass die veraltete Methode der Erzeugung, der unhaltbare Calcul im Gewinne und die gebrechliche Solidität im Handel sich unter seine Fittige begeben.

Es würde viel zu weit führen, die Zollfrage im Detail zu untersuchen. Diese Zeilen sind auch nur der brennenden Tagesfrage gewidmet und konnten die Zollangelegenheiten nur insoferne streifen, als man von einer Aenderung des Sistems eine Besserung der wirthschaftlichen Lage erwartet. Die Hauptsache bleibt auch unter den gegenwärtig geltenden Bestimmungen der österreichischen Industrie Absatzgebiete im Auslande zu erschliessen und der Minister des Aeusseren hätte diese Frage allen Zollverhandlungen voranzustellen. Seine Aufgabe ist es, dem trägen österreichischen Blute den Impuls zu geben und alle Bestrebungen der heimischen Industriellen mit seinen grossen Hilfsmitteln zu unterstützen. Wer einen Ballen Tuch, eine Kiste Glaswaaren, ein Fass Spiritus, einen Wagen Schienen ins Ausland verkaufen zu können vermeint, dem soll der Minister des Aeusseren als jederzeit bereitwilliger Freund zur Seite stehen. Vor einem halben Jahre und früher im Verlaufe dieser Krisis hat für die österreichische Industrie die Credit- und Vertrauensfrage obenan gestanden, Jeder war nur auf Aufrechthaltung der eigenen Solvenz, selbst unter den schwersten Bedingungen und schwierigsten Verhältnissen bedacht. Diese Probe hat die österreichische Industrie, zu ihrer Ehre muss es gesagt werden, gut bestanden, wenn ihr dabei auch die schwache Production während der vorausgegangenen Zeit, so bedauerlich sie an sich gewesen ist, zu Statten kam. Heute stehen die Dinge anders. Es gilt nunmehr die feiernden Werkstätten wieder zu beleben, der Industrie die Hoffnung der Fortexistenz durch die Gewinnung eines grösseren Absatzgebietes zu erretten. Zum Theil wird dasselbe im Inlande erreicht werden können, wenn die Industrie durch ermässigte Selbstkosten, durch billigeres Geld und durch bescheidenen Gewinnanspruch, sowie vielfach durch bessere Fabrikation und strenge reelle Gebahrung die

ausländische Waare zurückdrängt. Das ist die Selbsthilfe der Industrie. Die Regierungsaction, die sie beanspruchen darf, ist in das Ausland zu verlegen und an ihre Spitze soll der Minister des Auswärtigen sich stellen.

III.

So weit bisher kleine Mittel zur Linderung der Intensität der augenblicklich obwaltenden Krise angegeben worden sind, berühren sie hauptsächlich die Frage der Selbsthilfe und auch der Appell an den Minister des Aeusseren kann nichts weniger denn eine Anrufung der Staatshilfe geheissen werden. Allein gewohnt in Oesterreich immer nach der Polizei zu rufen, wenn der eigene Verstand und die eigene Kraft keinen Rath zu ertheilen wissen, steht auch der Gedanke der Staatshilfe voran in der Discussion. Die abenteuerlichen Pläne, welche sogar bis in die Oeffentlichkeit getragen wurden, sind genugsam bekannt, von jener Börsenrentenschuld angefangen, welche der Finanzminister emittiren sollte, um die nichtsnutzigen Actien aufzukaufen, bis zur Uebernahme von ganzen Industrien auf Rechnung des Staates, wiewohl erfahrungsmässig gerade der Staat der schlechteste Industrielle ist. Grossgezogen unter der in alle Lebensverhältnisse eingreifenden Metternich'schen und Bach'schen väterlichen Staatsfürsorge meint die gedankenlose Menge, dass es zu einer Pflicht dieser stiefväterlichen Mission gehöre, eine wirthschaftliche Krisis eben so rasch zu beseitigen, wie sie ehedem eine unbequeme Zeitung aus der Welt zu schaffen verstand. Die Stelle einer hohen Polizei soll jetzt das Ministerium einnehmen und Baron Pretis, Dr. Banhans und, wenn sie es Beide nicht vermögen, Baron Lasser sollen einen grossen Schwamm in die Hand nehmen und die Consequenzen der Jahre 1869 bis 1873 wegwischen. Man würde beide Augen zudrücken, und sich im Finstern unbeachtet glaubend, wonnig schmunzeln, wenn die Regierung decla-

riren wollte, sie zahle zwei Jahre keine Zinsen der Staatsschuld, sondern übertrage nach Art der alten Pharaonen für die Höhe dieser Summe den Wiener Baugesellschaften die Herstellung einer neuen Stadt. Indess hat das Ministerium dem allgemeinen Verlangen widerstanden und ist nüchtern geblieben, vielleicht allzu nüchtern. Ein einziges Mal hat die Regierung sich wenigstens zu dem Versprechen einer That aufgerafft und der Effect war, wenn er auch vorübergehend sein musste, doch ein bedeutender. Die Regierung steht auf dem Standpunkte, nicht nur kein Arcanum, welches alle Uebel beseitigt, zu wissen, sondern sie weiss auch den österreichischen Staatscredit in einer feuerfesten Kasse gefahrlos eingeschlossen und vertraut der alten Firma, indem sie sich zuwartend und wachend an ihre Thüre setzt. Wenn diesem Credite selbst, wie etwa dem englischen oder preussischen, unter gar keinen Verhältnissen eine Gefahr drohen könnte, so ist diese Rolle doch nicht die Summe dessen, was man einer Regierung in einem Augenblicke, wie der jetzige, zumuthen darf. Der österreichische Staatscredit hängt aber leider nicht blos von dem Stande der Staatsfinanzen und von den rechnungs- und gebahrungsmässigen Budget-Verhältnissen ab, sondern eine Reihe anderer Umstände können von üblem Einflusse auch dann sein, wenn die Staatskassen sich des Ueberflusses erfreuen. In erster Reihe meine ich hier das Verhältniss der Staatsverwaltung zu den garantirten Eisenbahnen und als ein Mittel zur Milderung der Krise ist die Ordnung desselben aufs Dringlichste zu empfehlen. Es geht mir wahrlich nicht nahe, wenn Herr Erlanger in Frankfurt sich darüber ärgert, dass seine Offerte auf eine Prioritäten-Emission nicht angenommen wurde; aber es soll diesem Herrn Erlanger benommen sein, unter einem stichhaltigen Vorwande den Staatscredit für sein Fiasco büssen zu lassen. Formell und materiell haben der Finanzminister und der Handelsminister gewiss volles Recht, indem sie in der Nordwestbahnfrage alle Vermittlungsvorschläge zurückweisen und sich darauf berufen, dass das, was geschah, stets in correcter Weise vorgeschlagen und von der General-Versammlung der Actionäre angenommen worden ist, und die Regierung

nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn sich die Actionäre einer Gesellschaft nicht über die Tragweite ihrer Beschlüsse klar werden, sondern erst dann sich an die Stirne schlagen, wenn die Consequenzen derselben an sie herantreten. Wie die Unanfechtbarkeit dieses Standpunktes der Regierung, so ist bei der Makellosigkeit eines jeden einzelnen ihrer Mitglieder noch die besondere Scheu, in die nicht ganz unbedenkliche Angelegenheit der österreichischen Nordwestbahn einzugreifen, erklärlich. Die Frage liegt indessen anders. Sie spricht nur die Sprache der Zahlen. Bis jetzt hat sie zwei Folgen gehabt. Während zur Zeit der rapidesten Niedergänge der Course der Besitz von garantirten österreichischen Eisenbahnpapieren oder gar von Prioritäts-Obligationen, als ein sicheres Geleite durch die Verheerungen galt und die Schuldverschreibungen dieser Bahnen sich zu einem Preise erhoben, welcher weit mehr noch als der Coursstand der Rente die Festigkeit des österreichischen Staatscredites ausdrückte, weil die Welt bei der Rente stets an die ungarische Quote zu denken pflegt, hat das Aufwerfen der Nordwestbahn-Frage genügt, um diese Sachlage total zu verändern. Garantirte österreichische Eisenbahnwerthe, selbst solche, die von gar keiner Frage bedroht werden, sind in Folge der Nordwestbahn-Affaire in einer Weise entwerthet worden, welche nicht nur auf eine Erschütterung des Vertrauens in den österreichischen Credit hinweist, sondern bei der berechtigten Taxirung desselben seitens der Regierung und des Parlamentes den Bau irgend einer neuen Eisenbahn nach der alten Methode vorläufig völlig unmöglich macht. Ist der kleine Streit diesen Preis werth? Ich wiederhole, es kann über das absolute Recht der österreichischen Regierung und über die vielen anderen Gründe, welche ihre Haltung bestimmen, gar keine Frage sein, allein was kostet uns dieses Recht und mit welchem Aufwande wäre die Noth erspart? Das Ergänzungsnetz der Nordwestbahn liefert heuer im ersten Jahre des Betriebes den grösseren Theil der für seine in die Nordwestbahn-Garantie eingeschobene eigene Prioritätsschuld zur Verzinsung nothwendigen Summe. Wenn das im erfreulichen Gegenhalte zu den

meisten anderen nicht garantirten Bahnen schon im ersten Jahre der Fall ist, so kann kein Zweifel darüber obwalten, dass in der allerkürzesten Zeit ein Zuschuss zu dem Betriebs-Ergebnisse überhaupt nicht nöthig sein wird. Die *Cause celèbre*, des darüber gegossenen Schaumes entkleidet, entpuppt sich als die Frage eines Staatsvorschusses in nicht bedeutender Höhe und auf kurze Zeit zur Befriedigung der Besitzer von Prioritäten der Elbethalbahn, damit die Actionäre der Nordwestbahn keiner Verkürzung ausgesetzt sind. Hätte man die Consequenzen einer schroffen Ablehnung bei dem Umstande bedacht, dass die überwiegende Mehrzahl der Obligationen und Actien dieses grossen Unternehmens im Auslande verbreitet ist, so würde man die Verwüstung, welche die Weigerung zur Folge hat, und die Art, in welcher wir wieder einmal aus Deutschland hinausgeworfen wurden, wohl vermieden haben.

Zwei andere schwebende Eisenbahnfragen sollen vereint, so viel man hört, in der letzten Zeit einer gütlichen Lösung insofern zugeführt worden sein, als eine Verständigung der österreichischen mit der ungarischen Regierung wegen der erforderlichen höheren Staatsgarantie erzielt worden ist. Ich meine die ungarisch-galizische Verbindungsbahn (Přemysl-Lupkow) und die Kaschau-Oderberger Eisenbahn. Ein Betriebsdeficit weisen noch die Vorarlberger Eisenbahn und die Erzherzog Albrechtbahn auf. Bezüglich der ersteren sah sich die Regierung mit Rücksicht darauf, dass der Verkehr dieser Eisenbahn auf Grund von internationalen Verträgen ein das Bedürfniss weit übersteigender sein muss, veranlasst, unter einer annehmbaren Form die Deckung der Betriebsabgänge zu übernehmen. Nicht so bezüglich der Erzherzog Albrechtbahn. Man sagt, dieses in Galizien gelegene Unternehmen habe etwas wie eine polnische Wirthschaft und einen im Verhältniss zum Verkehre ganz ungeheuerlichen Apparat, der natürlich sehr kostspielig ist. Wenn sich der Herr Handelsminister erinnert, mit welcher Satisfaction die Welt seine einmal an den Tag gelegte Energie begrüsst hat, so ist es geradezu unbegreiflich, warum Herr Dr. Banhans nicht auch bei diesem Unternehmen zur Sequestration schreitet, zumal er in Folge des

Umstandes, dass ein Theil der Albrechtbahn noch nicht ausgebaut ist, während die zur Geldbeschaffung für diesen Bau bestimmten Titres bereits existiren, wenn auch unter Verschluss, die bequeme und loyale Handhabe zu diesem Schritte hat. Vor zwei Jahren konnte man damit drohen, dass das Ausland, wenn es von solchen Schritten des Gouvernements hören würde, erschrecken könnte. Heute ist aber der klare Beweis erbracht, dass ein Eingreifen der Regierung die Actionäre mit Beruhigung und Zuversicht erfüllt und es wäre sicher nicht schwer, die Albrechtbahn von dem Betriebs-Deficit, das sie bereits zum titellosen Schuldenmachen führt, zu befreien.

Eine offene Wunde des österreichischen Eisenbahnssistems, die aber den Staatscredit anzufressen aufs Ernstlichste droht, sind die in den letzten vier Jahren entstandenen nicht garantirten Eisenbahnen. Die Stoiker des Parlamentes sagen freilich, die Eisenbahnen seien nun einmal da und um die Besitzer der Prioritäts-Obligationen und Actien habe man sich nicht zu kümmern, da Beide die Papiere im Bewusstsein des Mangels einer staatlichen Zinsengarantie erworben haben. So liegt aber die Frage nicht. Zugegeben, dass man sich bei den Actionären über alle Rücksichten hinaussetzen könne, so kann das von den Obligationsbesitzern doch nicht gelten. Im gesetzlichen Wege hat man es diesen allerdings ermöglicht, sich bei einem Curator zusammenzufinden, dessen höchste Sorge darin besteht, die nicht bezahlten Coupons den Eigenthümern in den Büchern der Unternehmung gutzuschreiben für jene Zeit, da die Bahn einmal in die Lage käme, sie einzulösen. Dieser Ausweg mag immerhin ein willkommener gewesen sein, um den Concurs aller dieser Gesellschaften im Momente einer intensiven finanziellen Krisis hintanzuhalten. Die Besitzer der Obligationen konnten füglich nichts anderes thun, als sich mit dem von Gerichtswegen bestellten Curator behufs theoretischer Wahrung ihrer Interessen ins Einvernehmen zu setzen, und wenn das Gesetz weiter keinen Vortheil gebracht hätte als den, die Katastrophe bei diesen Eisenbahnen um ein oder zwei Jahre hinauszuschieben, so müsste man schon der Regierung dafür dankbar sein. Dass aber eine Lösung der Frage

darin nicht liegt, ist einleuchtend. Unter den österreichischen Eisenbahnen sind die nicht garantirten die unverhältnissmässig kostspieligeren, weil man mit Ausnahme von etlichen kleinen böhmischen Bahnen von dem gradezu unbegreiflichen Raisonnement ausging, dass die Prioritäts-Obligation und die Actien einer nicht garantirten Bahn dem Publikum billiger offerirt werden müssen, als von einer garantirten, um Abnehmer zu finden. Leider haben sich in Oesterreich und Deutschland die Gimpel gefunden, welche dieser traurigen Logik auf den Leim gingen. So wurden die nicht garantirten Eisenbahnen mit dem grössten Capitalsverluste hergestellt, und da bei diesen Gesellschaften die der Staatsregierung sonst aus dem Titel der Zinsengarantie erwachsenden Rechte wegfallen, griff auch bei der grossen Mehrzahl derselben von dem ersten Augenblicke der Financirung bis zur Vollendung des Baues die grösste Capitalsverschwendung um sich. Für keine dieser Bahnen ist effectiv ein grösseres Capital als fünfundfünfzig bis sechzig Procent des Nominales investirt worden, und es müssen demgemäss die Betriebsresultate ungewöhnlich gross werden, bevor sich die Möglichkeit ergibt, die emittirten Titres auch nur mässig zu verzinsen. Man kann sich allerdings dahinter verschanzen, das Publikum habe Alles das gewusst und müsse nunmehr die Folgen seiner Handlungsweise tragen. Man kann aber auch die Regierung dafür verantwortlich machen, dass sie dergleichen geschehen liess. Sie musste wie jeder Einsichtige im ersten Augenblicke erkennen, dass hier Eisenbahnen gebaut werden, die vielleicht in späten Jahren einen erheblichen Verkehr aufweisen, bei denen aber im Augenblick ihrer Begründung ganz sicher eine unerhörte Geldvergeudung vorkam. Die Regierung musste sich auch darüber klar sein, welche Consequenzen solche Vorgänge für die geschäftliche Relation Oesterreichs mit dem Auslande haben würde. Sie musste erkennen, dass, wenn einmal die Resultate dieser schlechten Gebahrung sich einstellen, es sich nicht mehr um die Verluste der Besitzer von Titres solcher Eisenbahnen, sondern überhaupt um unsere finanzielle Stellung im Auslande handeln werde. Ein Actionär, der ein Theilhaber

am Geschäfte ist, und insbesondere ein Obligations-Besitzer, welcher sich als Gläubiger fühlt, bleibt nicht vor der traurigen Wahrheit stehen, dass er seinen Coupon wegwerfen könne, sondern er sieht sich nach allen Verbindungen der Firma um und folgt ihnen Allen mit Misstrauen. Es ist sicher keine Frage, dass die volle Aussichtslosigkeit der Prioritäten und Actien der nicht garantirten Eisenbahnen für eine lange Reihe von Jahren auf eine Verzinsung auf das Nachdrücklichste zur Verschärfung der Krisis in der Art beigetragen hat, dass das Ausland sich der österreichischen Eisenbahn-Titres und darunter auch der garantirten nach Thunlichkeit entledigt hat. Daher kommt denn auch die ganz merkwürdige und ausserordentliche Erscheinung, dass, während die österreichische Rente, also die nakte Staatsschuld-Verschreibung bei ihrem heutigen Coursstande eine Verzinsung von sechs Procent gewährt, manche garantirten Prioritäts-Obligationen und viele garantirte Actien von Eisenbahnen eine höhere Verzinsung abwerfen, obwohl ihnen neben der Garantie des Staates noch das derzeitige Vermögen der Gesellschaft und die Aspecten der Unternehmung zu Grunde liegen. Daher kommt es aber auch, dass, während vor Schluss des vorigen Jahres garantirte österreichische Titres zu den gesuchtesten Werthen zählten, und man mit Fug und Recht annehmen konnte, dass aus dieser Krisis der österreichische Staatscredit wie ein Phönix erstehen werde, mit dem neuen Jahre, als die Coupons aller nicht garantirten Eisenbahnen zu Makulatur wurden und bezüglich der garantirten sich Schwierigkeiten zeigten, der Schwung, den der österreichische Credit genommen hatte, gebrochen und, was das Eisenbahnwesen betrifft, unter das Niveau vergangener, schlechterer Zeiten herabgedrückt wurde.

Ein solcher Zustand darf nicht mit der Loupe des formalen Rechtes geprüft werden, in anderen Ländern, z. B. in dem nachbarlichen Preussen, geschah es wenigstens nicht. Als in den Vierziger-Jahren dort die Actien der Brieg-Neisser Eisenbahn, einer nicht garantirten Linie, auf sechzehn Thaler herabsanken, weil die Linie keine Aussicht auf Verzinsung des ausgelegten Capitals ergab, liess das preussische

Ministerium den weiteren Verfall nicht zu, sondern griff mit seinen Geldern ein. Heute hat der preussische Staatsschatz nicht blos die aufgewendeten Summen längst erhalten, sondern er participirt noch immer an den Gewinnen der Gesellschaft und wie gross dieselben sind, geht am besten aus der Thatsache hervor, dass die Actien derzeit Dreihundert Thaler kosten. Die riesigen Opfer, welche die preussische Regierung für die oberschlesische Eisenbahn gewährte, sind noch in Jedermanns Gedächtniss; derzeit ist diese Eisenbahn eine der rentabelsten in ganz Deutschland. Wenn man will, dass die nicht garantirten Eisenbahnen verfallen, dann stelle man sich immerhin auf den streng juristischen Standpunkt. Wer aber die wirthschaftlichen Interessen des Vaterlandes im Auge hat, muss erkennen, dass es sich hier nicht darum handeln dürfe, leichtsinnige Käufer von nicht garantirten Obligationen und Actien zu strafen, sondern Capitalisten, an deren Geldbeutel wir oft genug noch zu appelliren gezwungen sein werden, zu versöhnen. Dass die nicht garantirten Eisenbahnen bereits bestehen, ist ein Vortheil für Oesterreich und für seine Finanzen, welches ein Opfer werth ist und sicherlich kann zur Beseitigung eines grossen Theiles der Ursachen der wirthschaftlichen Krisis nichts mehr beitragen, als eine Abhilfe auf diesem Gebiete. Ich plaidire nicht dafür, dass der Staat hingehe und die Titres dieser Eisenbahnen nachträglich mit seiner Garantie versehe; für die Actionäre als Theilhaber des Geschäftes wäre überhaupt nur in zweiter Linie Etwas zu thun. Aber um so entschiedener muss dem Gedanken einer Vorsorge für die Gläubiger dieser Unternehmungen, für die Besitzer der Prioritäts-Obligationen Ausdruck gegeben werden. Der Handelsminister veranlasse die Verwaltungen zur Einberufung der General-Versammlung der Actionäre, er lege ihnen die Frage vor, ob sie geneigt sind, mit ihren Gläubigern zu pactiren, wenn die Finanzverwaltung sich bereit erklärt, materielle Opfer zu bringen. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, dass die Besitzer solcher Prioritäts-Obligationen, deren Preis ein so gesunkener ist, und welche eine Aussicht auf Verzinsung in einer Reihe von Jahren nicht gewähren, sich bereit finden lassen werden,

mit ihrem Schuldner abzuhandeln, wenn dieser ihnen Obligationen mit der Garantie des Staatsschatzes anzubieten in der Lage ist. Die meisten werden sich mit der Hälfte, manche mit weniger begnügen und das Opfer für das Aerar im Verhältniss zur Meilenzahl der in Betracht kommenden Bahnen wird viel geringer sein, als bei den jetzigen garantirten Bahnen. Da der Staat aber auch diese Garantie nur als einen verzinslichen Vorschuss zu gewähren hätte, so liegt es auf der Hand, dass es sich hier gleichfalls nur um ein Darlehensgeschäft handelt, welches an sich geringfügig, in den Vortheilen, die es dem Staats- und dem Landescredite im Auslande bringt, gross erscheint. Die Ordnung der Verhältnisse der nicht garantirten Eisenbahnen ist eine unvermeidliche Stufe zur Beseitigung der herrschenden Calamität. Wird sie in Angriff genommen, dann, davon dürfen Regierung und Parlament sich überzeugt halten, wird über Nacht eine so entschiedene Verminderung der Nothlage wahrzunehmen sein, dass Befriedigung die Herzen aller Derer erfüllen muss, welche sich zum Entschlusse der Hilfe aufgeschwungen haben. Und wahrlich nicht die Course kommen in Betracht, sie können es gar nicht, da es sich um den Preis ganz neuer Papiere handeln wird, der eigentlich aus dem Werthe der derzeit im Umlaufe befindlichen nicht garantirten Obligationen resultiren wird. Aber die Erwägung, dass es den leitenden Kreisen Ernst ist um die Beseitigung des Unglücks und um die Befestigung der unterbrochenen freundschaftlichen Relation mit dem fremdländischen Capitale, muss zweifellos zu einem unwiderstehlichen Impuls werden, dessen Schwingungen bis zu den Hämmern unserer Eisenwerke und den Spindeln unserer Webstühle dringen wird. Muss sich der Einsichtige auch gestehen, dass der Eisenbahnbau allein nicht zur Beseitigung der Krise genügt, so wird der ärgste Pessimist nicht läugnen können, dass manche wohlthätige Folgen ihn begleiten. Ohne die Beilegung der alten schwebenden Eisenbahnfragen sowohl bei den garantirten wie bei den nicht garantirten Linien gibt es keinen Eisenbahnbau in Oesterreich in anderer Form als durch den Staat als Unternehmer für eine Reihe von Jahren, mag ein billiger Emis-

sions-Curs, mögen selbst Goldzinsen beschlossen werden. Das Capital, bisher an mannigfache berechtigte und unberechtigte Nergeleien gewöhnt, muss erst wieder einmal einen Beweis des Wohlwollens erleben, wenn es sich mit dem österreichischen Unternehmungsgeiste abermals befreunden soll.

IV.

Das Wort Eisenbahnbau ist nun einmal gefallen und die Sache will erklärt sein. Nach meiner Ueberzeugung wird der directe Einfluss desselben überschätzt, während die Gefahren viel zu gering erachtet werden. Amerika mit seinen nunmehr dreimal wiederholten Eisenbahn-Krisen liefert einen lebendigen Beweis dafür. Das stossweise Vorwärtsschreiten wird auf jedem Gebiete der Entwicklung gefährlich und nur in der Stetigkeit liegt die Garantie gegen Reactionen. Der forcirte Eisenbahnbau der letzten Jahre ist eine der verantwortlichsten Ursachen der Krise. Sehen wir einmal nach, zu welchen Erscheinungen er geführt hat. Zuerst handelte es sich um die Erwerbung einer Concession und da waren in vielen Stadien Concession und Corruption fast identisch. Die Concession, noch bevor ein Buchstabe derselben praktisch geworden war, hatte bereits einen namhaften Theil des Baucapitals ganz und gar unfruchtbar verschlungen und nur zur Bereicherung der Concessionäre und der Helfershelfer genügt. Nach der Concession kam die Financirung. Dabei ging ein grosser Bruchtheil des Vermögens, der im Emissionscourse sich ausdrückte, verloren, für den aber nichts desto weniger die Verzinsung aufgebracht werden musste. Eisenbahnen zu financiren galt und gilt noch für eines der lucrativsten und relativ ungefährlichsten Geschäfte der Banken. Es entstand desshalb eine starke Concurrenz auf diesem Gebiete, deren Resultate indessen weit weniger die Erzielung eines besseren Preises als die Etablirung des Börsenspiels

war. Kaum hiess es, dass irgend eine Bank eine Eisenbahn financiren dürfte, so begann auf den problematischen Gewinn hin das wilde Spiel in den Actien, bis deren Cours ein turbulenter wurde. Ich kann, ohne der Wahrheit im Geringsten nahe zu treten, behaupten, dass in keinem einzigen Falle der Gewinn, den eine Bank bei der Financirung einer Eisenbahn erzielt hat, auch nur entfernt der Summe entspricht, um welche die Actien dieser Bank hinauf gespielt wurden, und brauche nicht erst darauf hinzuweisen, dass eine Bank für sich allein fast niemals ein solches Geschäft übernahm, sondern sich immer um Consorten umsah, und dass demgemäss der auf ihren Antheil entfallende Gewinn die Illusionen der Börse nicht rechtfertigen konnte. Der Financirung folgte das Arrangement mit dem Bauunternehmer. Wie weit in diesem Stadium die Corruption gedieh, beweisen nur allzu drastisch zahlreiche traurige Thatsachen. Nur war das Messer an dieser Stelle an beiden Seiten geschliffen. Die goldene Mittelstrasse eines bürgerlichen Gewinnes steht bei den Eisenbahn-Bauunternehmern in Oesterreich nur vereinzelt da. Die Regel waren die Extreme: riesige Gewinne, anfechtbar bei jedem Tausend von Gulden, oder enorme Verluste und der Banquerott des Erbauers. Nach den Bauunternehmern kam die Theilnahme der Industrie. Und da bin ich denn vor Allem bei der Eisenindustrie gewillt, offen die Wahrheit zu sagen. Ein natürlicher Segen füllt unsere Berge mit Erzen in so reichem Maasse, dass ihre Erschliessung dort, wo sie in immenser Quantität und guter Qualität vorhanden sind, mehr als genügte, um die Bedürfnisse auf allen Gebieten zu befriedigen. Wären unsere Gewerken maasshaltend geblieben, so konnten sie leicht ihrer Aufgabe mit Erfolg entsprechen. Sie thaten es nicht, und auf keinem Gebiete ist der Schaden ein so ausschliesslich selbst verschuldeter, wie bei der Eisenindustrie. Wenn nur ein roth gefärbter Kieselstein gefunden wurde, so erwarb man schon Freischurfe und etablirte ein Bergwerk, in welches man Capitalien steckte. Wie einst in Holland die Leute vom Tulpenzwiebelfieber erfasst waren, so war in Oesterreich die Bergwerksepidemie ausgebrochen

und in jeder hohlen Nuss erblickte man einen Schacht. Der Courszettel ist lange nicht der Ausdruck für diese Krankheit geworden, der Ausbruch der Krise hat ihn daran gehindert. Wenn man aber die Bücher der Wiener Banken untersucht, oder wenn man das Vermögen jedes Einzelnen in Oesterreich prüfen wollte, dann würde sich zeigen, wie Viele Theilnehmer an Bergwerks-Unternehmungen sind. Die böhmische Zuckerfabriksmanie ist ein Kinderspiel gegen die österreichische Bergwerkskrankheit. Hatte man endlich irgendwo Erze, so musste natürlich sogleich eine Hütte angelegt werden, anstatt zuzusehen, ob es nicht möglich ist, dieses Rohmateriale ohne weitere Investitionen an den berufenen Producenten zu verkaufen. Und gelang es gar Jemandem, eine Lieferung von Schienen oder Walzen oder Blechen oder Nägeln zu bekommen, dann war es klar dargethan, dass der bisherige Umfang des Werkes durchaus nicht genüge, sondern dass man neue Hohöfen aufstellen und anblasen, neue Hämmer errichten, neue Walzwerke erbauen, neue Bessemerhütten etabliren müsse. Ja wir sind ein eisernes Land geworden, aber nicht in dem Sinne, dass unsere Eisenindustrie das Land gestärkt hätte, sondern dass sie mehr als ihr zukam, dazu beitrug, es an den Bettelstab zu bringen. War ein solches Werk der Besitz einer Actiengesellschaft, so genügte das ursprüngliche Capital, das man als Eisenindustrieller nur so niedrig bemessen hatte, um ein grosses Agio als Börsenspieler nehmen zu können, gar bald nicht mehr und man plünderte den Beutel des Actionärs bis zur ganzen Höhe seiner Verpflichtung, blieb aber dabei nicht stehen, sondern ging dann hin und nahm Hypothekar-Darlehen in Prioritäts-Obligationen auf und verpflichtete so, ganz abgesehen von der Verzinsung des Actiencapitales, das Unternehmen selbst für schlechte Zeiten zu Leistungen, die auch unter guten Verhältnissen drückend sein mussten. Der Eisenbahnbau ist vornehmlich Schuld daran, dass sich unsere Eisenindustrie auf einem Fusse etablirte, der ihr nicht etwa heute nicht gebührt, sondern der unter normalen Verhältnissen nach zwei Generationen noch zu gross erscheinen dürfte. Und wenn man dabei noch wie in England, Nordfrankreich oder Belgien billige

Kohle, billigen Arbeitslohn, billige Fracht daneben gehabt hätte! Das gerade Gegentheil herrschte. Die grössten Eisenwerke in Oesterreich mussten die Kohle entwe[illegible] weit und auf schwierigen Strassen herbeiführen, oder ihre Erze den Kohlen entgegen zu einem Rendez-vous auf einer Station in der Mitte der Entfernung des einen von der anderen bringen, oder man musste mit dem Aerar theure Holzverträge abschliessen, um mit Holzkohle zu arbeiten, oder man musste sich zum eigenen Gebrauche verhältnissmässig grosse Eisenbahnen herstellen. Der Arbeitslohn stieg mit der Concurrenz, und eine billige Fracht ist bekanntlich nicht die schwache Seite unserer Eisenbahnen. Man hat keinen Augenblick lang erwogen, dass der Consum, dessen forcirte und kurzlebige Steigerung für Jedermann klar am Tage lag, abnehmen könnte und müsste, während die übrigen Betriebsbedingungen eine solche Aenderung wenigstens nicht in dem gleichen Umfange gestatteten und ein Zurückziehen der investirten Capitalien gar nicht möglich sei. Es ist aber so gekommen, die Nothlage der Eisenindustrie ist da, und der unverhältnismässig gesteigerte Eisenbahnbau erscheint als ihr unmittelbarster Urheber.

Die Mediziner aller Zeiten pflegen Gift mit Gegengift zu heilen und so wird der Eisenbahnbau als ein Mittel angerufen, um die Wunden zu heilen, die er geschlagen hat. Es wäre hier der Platz, die Frage zu erörtern, ob, wenn man sich nun entschliesst von diesem Mittel Gebrauch zu machen — in keinem Falle darf dies in jenen Dimensionen geschehen, welche zum Unheil geführt haben — der Privat-Bahnbau oder die Herstellung von Staatswegen vorzuziehen sei. Allein die Frage ist in diesem Augenblicke eine vollkommen müssige. Aus Ursachen, die früher weitläufig genug auseinandergesetzt wurden, gibt es jetzt keine Möglichkeit des Privat-Bahnbaues in Oesterreich, bevor nicht die schwebenden alten Eisenbahn-Fragen ausgetragen sind und es kann nur vom Staatsbaue die Rede sein. Viele von Denjenigen, die heute dem letzteren Sistem so energisch das Wort reden, würden sich wahrscheinlich sehr gleichgiltig und eher gegen das Sistem aussprechen, wenn die Herstel-

lung von Eisenbahnen durch Privat-Gesellschaften dem Capitale belieben würde, denn es liegt ihr Interesse eigentlich auf dieser Seite. Sie sind indess klug genug, darüber schweigend hinwegzugehen und dem Staate zu beweisen, wie nutzbringend und sparsam für ihn der Bau der Eisenbahnen auf seine Rechnung sich gestalte, während ich von meinem Standpunkte das Princip nur darum nicht weiter discutire, weil ein anderes nicht praktisch gemacht werden kann. Gewiss ist aber Eines: wenn der Staat sich im Namen seiner wirthschaftlichen Entwicklung zur Herstellung von Eisenbahnen auf Staatskosten entschliesst, so darf er nur solche Schienenstrassen herstellen, welche dem Staate eine Revenue abwerfen und zwar sogleich nach ihrem Entstehen.

Man kann vom Standpunkte politischer Interessen, man darf vom strategischen und militärischen Gesichtspunkte aus Millionen der Steuerträger für lange Zeit aussichtslos in die Erde stampfen, das Opfer wird gerechtfertigt durch den Ausgangspunkt der Unternehmung. Und darum lässt sich über den Bau der Verbindungsbahnen von Ungarn nach Galizien, der Eisenbahnen in Istrien und Dalmatien nicht weiter streiten. Es wäre aber eine Ironie auf den wirthschaftlichen Begriff, wenn man in seinem Namen Eisenbahnen herstellen wollte unter anderen Chancen, als denen der zweifellosen Rentabilität. Nur dann darf man allen Steuerzahlern Geld abnehmen, wenn man Allen dafür etwas bietet. Die dazwischen liegenden Interessen irgend einer Industrie können, sobald der allgemeine Gesichtspunkt in die Wagschale fällt, eine entscheidende Bedeutung nimmermehr beanspruchen. Um einer Industrie abzuhelfen, um etliche Tausend Arbeiter zu beschäftigen, darf der Staat keine aussichtslose Eisenbahn bauen und die Regierung, welche dergleichen trotzdem beginnen wollte, gehört unter die Anklage des Missbrauchs von Steuergeldern. Aus diesem unanfechtbaren Grunde folgt, dass, wenn die Regierung den Eisenbahnbau in die Hand nimmt, sie sich damit zugleich des Eisenbahnwesens bemächtigen muss, um der Gesammtbevölkerung die Vortheile desselben zuzuwenden.

In Deutschland hat man von Haus aus das Princip der Herstellung von Eisenbahnen von Staatswegen als Norm festgehalten und es ist im höchsten Grade bezeichnend für das Verhalten der dortigen Regierung, dass, als nach langem Verfall das deutsche Reich zu neuem Leben auferstand, seine leitenden Politiker sich in markanter Weise des Eisenbahnwesens bemächtigten. Von der französischen Kriegsentschädigung wurde dem Gedemüthigten soviel erlassen, als er zur Ablösung der in den neuerworbenen Reichsländern gelegenen Eisenbahnen bedurfte; denn eine Bedingung des Friedens war es, dass die Eisenbahnen in den Besitz des Reiches überzugehen haben, obwohl sie von einer Privat-Gesellschaft hergestellt waren. Frankreich übt eine andere Methode, um die Eisenbahnen zu beherrschen, es gewährt in der Regel einmalige ausgiebige Special-Subventionen und behält sich dagegen die Tariffragen in der Hand. Ebenso macht es Belgien und beide Länder haben damit der Entwicklung ihrer Industrie gewiss den grössten Dienst erwiesen. Dass man sich in England mit dem Gedanken trägt, zum Erwerbe der gesammten Eisenbahnlinien für den Staat zu schreiten, hat vor gar nicht langer Zeit ein Ereigniss im Parlamente erwiesen. In Oesterreich bietet sich jetzt, wie vielleicht sobald nicht wieder die Gelegenheit zu einem ähnlichen Ziele zu gelangen, und dabei die Interessen des Staatsschatzes in entsprechender Weise zu wahren. Wenn man neue Eisenbahnen baut, so müssen es solche sein, durch welche man die alten zu beeinflussen vermag: eine neue grosse Linie von Norden nach Süden, eine zweite von dem Westen nach Osten. Das sind jene Eisenbahnen, welche der Staat vor Allem zu bauen hätte. Man wird mich nach altösterreichischer Tradition sofort anklagen, dass das Heilmittel darin bestände, Andere zu schädigen. Der Vorwurf ist ebenso ungerechtfertigt als oberflächlich, wie die Thatsachen beweisen. Einmal ist es durchaus nicht nothwendig, dass eine Eisenbahn in Oesterreich neun oder gar fünfzehn Procent Jahraus Jahrein abwerfe, in England rentirt die beste mit viereinhalb Procent. Es kann also füglich neben die grossen Linien, welche überhaupt

in Betracht kommen, eine neue gelegt werden, ohne dass die Interessen der alten zerstört würden. Weiters beweist ein practisches Beispiel, wie unbegründet eine solche Kritik ist. Man erinnert sich sicher noch der ungeheueren Anstrengungen der Kaiser Ferdinands-Nordbahn, um das Zustandekommen einer neuen Verbindung zwischen Wien und Brünn durch die Staatsbahn hintanzuhalten, und wie sie dabei alle möglichen Privilegial-Rechte geltend machte. Es war auch ein Nothstandsjahr — 1866 — welches über diese Bedenken hinaushalf. Die neue Linie kam zu Stande und bis zu diesem Augenblicke ist ausser einem sehr vagen Entschädigungsprocesse gegen das Aerar kein Beleg dafür bekannt geworden, dass im Ernste der Nordbahn ein Abbruch geschehen wäre, sie ist im Gegentheil nach wie vor in der Lage, glänzende Dividenden bezahlen zu können. Allein, wenn dennoch dem so wäre, wenn es wahr würde, dass den Actionären von einigen Eisenbahnen ein kleiner Abbruch in ihrer Rente geschähe, der übrigens im Laufe der Zeit durch zunehmenden Verkehr sicher corrigirt würde, so ist dieser Nachtheil ein so geringfügiger, dass er gegen den riesigen Gewinn nicht in Betracht kommen darf, welcher der Gesammtheit der Bevölkerung und dem Staate aus der Gewalt über die Eisenbahnen zufliessen müsste. Wie mühen sich die österreichischen Handelsminister Einer nach dem Andern Jahr um Jahr vergeblich um die sogenannte Tariffrage ab; zwischen den Eisenbahnen herrscht ein durch das eigene Interesse gebotenes Einverständniss und ihrem Widerstande gegenüber hat die Regierung keine Waffe, als die in einzelnen Concessionen enthaltene sehr stumpfe Spitze der Maximal-Tarife. Dass sich darin eine totale Veränderung ergeben müsste, dass die gesammte Production in Folge der Verwohlfeilung der Frachtgebühren aufathmen würde, wenn der Staat nicht als gewinnsüchtige Gesellschaft, sondern entsprechend den Interessen der Industrie die Tarife concipirte, dass nicht blos alle Concurrenz-, sondern auch alle Anschluss- und Neben-Bahnen sich dem Vorgehen dieser Staatsbahnen accommodiren müssten, um als Saug- oder Abzugscanäle sich zur Geltung zu bringen, liegt auf der Hand. Der

Ersatz, welcher den Steuerträgern durch die Uebernahme der Zinsenleistung für die zur Herstellung von Eisenbahnen auf Staatskosten nothwendigen Capitalien geboten würde, wäre somit ein zweifacher: er läge in der unzweifelhaften Rückvergütung dieser Last aus dem Erträgnisse der neuen Linien, und er würde sich noch ungleich grösser in der Verwohlfeilung der Transportkosten ergeben.

Unter diesen Bedingungen darf der Staat als Eisenbahnbauer erscheinen, er darf damit auch die grossen politischen und militärischen Vortheile verbinden, die einstens darin lagen, dass die Heerstrassen ärarisch waren und welche jetzt sich ergeben, wenn die Staatsgewalt das Eisenbahnwesen in ihren Händen hält. Und ein solches Sistem kann das österreichische Abgeordnetenhaus im vollen Bewusstsein seiner Verantwortlichkeit votiren. Nur Eines will ich hier noch bemerken: Eisenbahnen wie die Arlbergbahn entsprechen der Situation nicht; es mögen sich politische oder militärische Interessen von Bedeutung daran knüpfen, aber sie genügen den Anforderungen nicht, welche unter den heutigen Verhältnissen an einen Eisenbahnbau von Staatswegen gestellt werden müssen. Sie sind keine rentablen Bahnen und keine Nothstands-Bauten; es sind nothwendige Bauten, die aber jeder einzelne für eine unverhältnissmässig kurze Strecke ein riesiges Capital und eine lange Bauzeit erfordern. Die Eisenbahnen, welche die Regierung als ein Mittel zur Beseitigung der Krise vorschlagen darf, müssen im Sinne der Steuerträger aussichtsreiche und Angesichts der Krise rasch herstellbar sein.

V.

Eine auf einen kleinen Raum concentrirte, aber eben darum umso gefährlicher auftretende Calamität sind die Baugesellschaften. Die Gründungswuth hat es sich zwar sehr angelegen sein lassen, selbst kleineren Städten ein solches Kukuksei ins Nest zu legen,

allein im Wesentlichen concentrirt sich die Heimsuchung auf die Residenz, wo sie auch am fühlbarsten auftritt, weil die zur Ueberreizung gesteigerte Thätigkeit mehr als hunderttausend Arbeiter herangezogen hatte, von denen jetzt ein grosser Theil beschäftigungslos geworden ist. Die Baubanken geben so zu sagen ein auf Wien concentrirtes Bild der Ausschreitungen des österreichischen Unternehmungsgeistes und eine sehr wohl passende Analogie für die Verhältnisse der im Reiche zerstreuten Montanindustrie. Dass es bezüglich der Baubanken fast nur strafwürdige Sünder und kaum einen Verirrten gibt, braucht nicht erst gesagt zu werden, und hat die Strafjustiz nur irgendwie passende Handhaben, dann möge sie dem Häuser- und Gründewucher scharf zu Leibe gehen, der oft zwischen Mutter und Tochter Platz gegriffen hat. Von meinem hier gewählten Standpunkte indessen muss ich mir versagen, mich weiter in die Vergangenheit zu vertiefen, sondern nur die Noth des Augenblicks und die Möglichkeit einer Abhilfe in Erwägung ziehen. Da scheint mir denn vor Allem ein Cardinalfehler in den weit verbreiteten Anschauungen vorzuwalten, der einer Correctur dringend bedarf. Man hat sich daran gewöhnt, den angeblich so colossalen Besitz an Häusern und Baugründen als die Ursache alles Uebels zu bezeichnen; man findet den ersteren theilweise, den letzteren ganz entwerthet und bricht deshalb den Stab über die Zukunft dieser Gesellschaften. In Wahrheit liegt indessen nicht hier der Sitz der Krankheit, weil, wenn blos der übergrosse Besitz die Schuld trüge, die Busse sich ausschliesslich auf den Actionär concentriren würde, also auf den Theilnehmer des Geschäftes, der, wie ihn die Gewinnstchance verlockte, auch den Verlust zu tragen hat. Es ist aber nicht richtig, dass die vielen Geschäfte der gefährliche Punkt für die Baubanken sind, sondern ihre hypothekarische Ueberschuldung ist die eigentliche Calamität, und involvirt die grosse Drohung für die öffentlichen Interessen. Man weiss, wie die Baubanken in Wien Realitäten erworben haben: eine kleine Angabe, eine namhafte Satzpost oder zur Aufbringung des Restes eine Hypothekarschuld. Diese grundbücherlich einverleibten und pfandrechtlich jederzeit zur Geltung

bringlichen Verpflichtungen können ihren bedrohlichen Character auf das Allgemeine ausdehnen. Die letzten Jahre sind auch auf unsere Bodencredit-Institute nicht ohne Eindruck geblieben; sie haben sich den höheren Taxirungen nicht verschlossen und sind, wie sich jetzt herausstellt, sehr häufig das Opfer von Ueberschätzungen geworden. Sie haben demnach ein bedeutendes Interesse daran, dass ein Zusammenbruch nicht erfolge und eine Realitätenkrise nicht eintrete; denn, wenn heute auch noch der grössere Theil der Satzposten im Schätzungswege gedeckt erscheint, so ist es doch unzweifelhaft, dass, falls sich die Verhältnisse nur irgendwie ernstlicher zuspitzen, die Hypothekar-Institute sich mit Realitäten überladen müssten, wollen sie sich nicht grossen Verlusten aussetzen. Die Verbindlichkeiten, welche aus den Hypothekar-Schulden für die Baubanken hervorgehen, sind somit das Damoklesschwert über ihrem Haupte, und wer den Baugesellschaften im Ernste helfen und dem Platze ein in seinen Consequenzen noch gar nicht übersehbares Unglück ersparen will, muss auf Mittel und Wege sinnen, um eine Erleichterung dieser drückenden Verhältnisse anzubahnen.

Es läge nahe, in erster Linie die Betheiligten selbst, das sind die Hypothekar-Institute anzurufen, und von ihnen die Angabe von Mitteln und Wegen zu verlangen, welche den gewünschten Zweck fördern. Allein dieser Ausweg birgt eine neue Gefahr in sich, er könnte unter Umständen diese Immobiliar-Creditinstitute in immobile Institute verwandeln und ruiniren. Man kann demnach in keinem Falle auf eine Lösung der ganzen Angelegenheit von dieser Seite allein rechnen. Eine solche Forderung wäre auch darum gar nicht berechtigt, weil die Vortheile, welche die Hypothekar-Institute aus ihren Geschäften mit den Baubanken gehabt haben, verschwindend klein gegen eine solche ihnen eventuell zugemuthete Last erscheinen, wobei aber nicht gesagt werden soll, dass sie nicht zum Theil herangezogen werden dürfen. Ein zweiter sehr wichtiger Factor, dessen Belastung mir viel weniger Scrupel machen würde, ist der Stadterweiterungsfonds. Man darf nicht vergessen, wie sehr er sich an den Baubanken bereicherte. Bald nach seiner Bildung froh, die

schönsten Ringstrassengründe für einen Pappenstiel zu veräussern, war ihm in den letzten Jahren des Schwindels kein Preis zu hoch, um ihn für abseits gelegene Bauflächen zu begehren und es ist eine unanfechtbare Wahrheit, dass er die Situation auf das Geschickteste auszubeuten verstand. Man darf das um so lauter sagen, als es sich hier nicht um den Egoismus einzelner Personen, sondern um die Interessen eines allgemeinen Zwecken dienenden Fonds handelt. Der Stadterweiterungsfonds hat bestimmte Zwecke, von denen im Augenblicke die Erbauung der Museen und des Hoftheaters in der Realisirung begriffen sind, während der Umbau der Hofburg in nicht allzu grosser Ferne zu stehen scheint. Das sind sicherlich sehr achtenswerthe Aufgaben, deren Störung vermieden werden soll. Der Stadterweiterungsfonds ist aber bald nach seiner Bildung seinem ursprünglichen Zwecke und Namen, der Stadterweiterung, untreu und ein Stadtverschönerungsfonds geworden. Dieser seiner Thätigkeit hat er bis zu diesem Augenblicke, und den Umbau der Hofburg als Abschluss betrachtet, vollkommene Genüge geleistet. Er kann zu seiner ursprünglichen Aufgabe zurückkehren und als ein mit der Vergrösserung der Stadt Wien in Zusammenhang stehender Organismus fungiren. Thut er das, so kann er unmöglich an den allgemeinen Besorgnissen vorbeigehen, ohne zu fühlen, dass er zum guten Theile ein Urheber derselben war und da der Stadterweiterungsfonds in der glücklichen Lage ist, einer nicht verantwortlichen Gebahrung zu unterstehen, so ziemt es sicher ihm mehr als jedem Anderen, seine reichen Mittel so zu verwenden, dass ein Theil der von ihm selbst heraufbeschworenen Gefahr dadurch gebannt werde. Der Stadterweiterungsfonds ist vor Allem verpflichtet, der Misére der Baubanken steuern zu helfen und er kann, wenn die Regierung daran geht, ein neues zur Entlastung der Baugesellschaften bestimmtes Institut zu creiren, die Mittel in erster Linie dafür beschaffen. Endlich wäre noch die Frage aufzuwerfen, ob denn die Commune Wien ein geringeres Interesse als irgend Jemand daran habe, das Beispiel, welches London im Jahre 1859 gegeben hat, zu vermeiden. Man erinnert sich, dass, während um jene Zeit

ein Vertreter der grossen Londoner Baugesellschaft in Wien verweilte, um wegen der Uebernahme aller Stadterweiterungsarbeiten und Geschäfte zu verhandeln, förmlich über Nacht eine so rapide Entwerthung des früher sistemlos im Preise gesteigerten Realbesitzes selbst in der City eintrat, dass die Baubank sich banquerott erklären musste, und das Ereigniss hat den Londonern noch lange nachher in allen Gliedern gesteckt.

Der Gemeinderath von Wien, dem seine ärgsten Feinde nicht nachsagen können, dass er die Interessen der Stadt vernachlässige, und der nur durch das inhaltlose Gerede von ein paar um ihre Vorstadt-Popularität stündlich besorgten Gemeindevätern in der vollen Entfaltung seiner guten Absichten gehemmt wird, kann sich doch unmöglich die Mütze über die Ohren ziehen, um nicht zu hören, wie es im Innern dieser Stadt brodelt und kocht. Der Gemeinderath von Wien darf sich am wenigsten einen Augenblick lang der Erkenntniss verschliessen, dass er eigentlich auf einem Vulkane tanzt und dass sein Budget, welches hauptsächlich im Zinskreuzer seine Bedeckung findet, in der Luft hängt, wenn die Baubanken-Calamität zu einer Realitätenkrisis führt. Der Gemeinderath von Wien sollte keinen Augenblick mit sich im Zweifel darüber sein, dass die ganze Angelegenheit den Gegenstand der ernstesten Obsorge zu bilden hat und sicher ist es nur einem ins Lächerliche getriebenen Pseudo-Catonismus zuzuschreiben, wenn die sonst so einsichtige Vertretung die Frage bisher gar nicht in den Kreis ihrer Erwägung zog. Es ist zu wünschen, dass sie nicht durch lautes Pochen oder gar durch das Einstürzen der Gerüste an ihre Mission gemahnt werde. Am wenigsten vielleicht berührt die Frage der Hilfe den Staat und was er in diesem Falle verfügt, insbesondere die rasche Ausführung von für den Staat zu erbauenden Objecten ist weit mehr unter dem Gesichtspunkte der Humanität, wie der wirthschaftlichen Action zu betrachten. Die betheiligten Hypothekar-Institute, der Stadterweiterungsfonds, die Commune Wien sind berufen, über jene Mittel ins Reine zu kommen, welche zur Hintanhaltung weiterer Gefahren, die aus dem Zustande der Baubanken

hervorgehen können, zu ergreifen sind. Nicht um den Standpunkt der Actionäre dieser Gesellschaften kann es sich handeln, wie es mir überhaupt nicht einfällt, bei allen meinen an die wirthschaftliche Lage geknüpften Erwägungen das Einzelinteresse irgendwie zur Geltung bringen zu wollen. Der Actionär sollte wissen, wem er sein Geld anvertraut und darf über den Rahmen eines Theilhabers am Geschäfte nicht hinausprotegirt werden. Nur die allgemeinen Interessen können in Betracht kommen und ihnen haben die Opfer zu gelten, welche zu bringen sein werden. Die Baugesellschaften bedürfen einer Verminderung ihrer Hypothekar- und ihrer Pirorități-Obligations-Lasten.

Man gibt auch als ein Mittel der Erleichterung die Vermehrung der Bauthätigkeit aus und empfiehlt ebenso die Besitzerleichterung der Baubanken für den nämlichen Zweck. Ich halte den Werth beider Massregeln für einen secundären, ja den ersteren gradezu für problematisch. So lange man in Wien über Wohnungsmangel zu klagen Ursache hatte, konnte eine erhöhte Bauthätigkeit als eine erwünschte Massregel gelten, um der allgemeinen Noth zu steuern. Das Bedürfniss hat aber zum Extrem geführt, die Zahl der Bauten ist in den letzten Jahren so enorm gewachsen, dass der Wohnungsnoth ein Wohnungsüberfluss und demgemäss eine bedeutende, gewiss auf ihren Tiefpunkt noch nicht herabgelangte Senkung der Miethzinse folgte. Nun war die Regulirung der Wohnungspreise gegenüber der masslosen Ueberspannung in Folge des an der Börse geschaffenen, luftigen Reichthums sicher eine unausbleibliche Massregel und entspricht den Bedürfnissen der Bevölkerung, welche in ihrer ungeheueren Mehrheit dem Stande der Miether und nicht der Vermiether angehört. Allein ein Extrem in dieser Richtung birgt ernste Gefahren für den Steuersäckel und für die Finanzen der Reichshauptstadt, ohne dem allgemeinen Besten weiter förderlich zu sein. Es geht mit dem Häuserbau gerade so wie beim Eisenbahnbau. Bis zum Jahre 1867 war das österreichische Eisenbahnnetz zu klein und ausser Verhältniss zu den Bedürfnissen des Verkehrs. Die Forcirung desselben innerhalb einer kurzen Zeit hat zu den bereits

erörterten schwierigen Situationen geführt und kein Einsichtiger wird dafür plaidiren, dass die Vermehrung in derselben Progression fortgesetzt werde. Ganz so verhält es sich mit dem Häuserbau, das Ueberschreiten des reellen Bedürfnisses trägt den Charakter der Ueberproduction ebenso wie in jeder anderen Industrie.

Was den zweiten Ausweg betrifft, dass nämlich den Baugesellschaften ein grosser Theil ihres Besitzes abgenommen werde, so ergibt eine sorgfältige Prüfung, dass die Vortheile eines solchen Vorgehens nur dann hervortreten könnten, wenn die verkauften Realitäten in die Hände von Privaten übergingen, und der Besitz sich so zersplitterte, dass das Angebot den Character des Dringenden nicht leicht gewinnen könnte. Wenn man aber dafür eintritt, dass ein Einzelner und wie es vornehmlich intendirt wird, der Stadterweiterungsfond den Baugesellschaften einen Theil ihres unverbauten Gründebesitzes abnehme, so darf man nicht vergessen, dass dann die in einer Hand concentrirte Waare diesem Besitzer für lange Zeit die Fixirung des Preises in die Hand drücken würde, ein zweischneidiges Schwert, das anstatt eine allgemeine Erleichterung zu bringen, ein Unglück herbeiführen könnte. Der richtigste Weg zur Beseitigung der Baubanken-Misére scheint mir nur der zu sein, dass sich alle ohne Ausnahme an den Gedanken erinnern, dem sie entsprungen sind, nämlich zur Abhilfe der noch vor wenigen Jahren bestehenden Wohnungsnoth das Ihrige beizutragen, dann aber die stille Liquidation als ihren unabänderlichen Entschluss feststellen. Für die Fortexistenz der Baubanken kann nicht das geringste Opfer von irgend Jemandem gefordert werden. Die Geschichte der Baubanken zeigt fast ausnahmslos, dass das endliche Schicksal derselben ein trauriges ist wie es in London, in Paris, in Stuttgart, in Dresden gewesen. Wien wird keine Ausnahme machen. Die Hilfe für die Baubanken besteht also ausschliesslich in der Erleichterung ihres Verscheidens und dafür kann allerdings die Action der Gemeinde, des Stadterweiterungsfonds und der Gläubiger in Anspruch genommen werden. Es ist zur Erreichung dieses Zweckes vielleicht räthlich, zuerst mit Beseitigung aller Coquetterie die Anknüpfungs-

punkte zwischen denselben zu finden, und die Vereinigung zu ermöglichen, die Vereinigung zum gemeinsamen Tode unter ärztlichem Beistande. Dass eine Bank oder die Liirten einer solchen zufällig Besitzer einer starken Summe von Actien sind, kann an diesem Abschlusse nichts ändern. Die Unglücklichen mögen darauf bedacht sein, im Testament ihre Rechnung zu finden, die sie bei Lebzeiten des unheilbaren Kranken nicht finden können.

VI.

Man gilt in Oesterreich seit etlichen Jahren kaum mehr als ein anständiger Mensch, wenn man das Wort „Börse" ausspricht, oder gar Etwas vorschlägt, was dieser Börse zu Statten kommen könnte. Wer indessen heute die vielen Bettler betrachtet, welche Börsebesucher heissen und zuweilen froh sind, wenn sie so viel gewinnen, als ein Dienstmann sich an einem Tage verdient, wer den geringfügigen Umsatz kennt, der an der ehemals so grossen Wiener Börse gemacht wird, wer den tiefen Verfall des Wiener Geldplatzes, der nahe daran ist, auf das Niveau von Prag und Pest herabgedrückt zu werden, näher ins Auge fasst, wer sich erinnert, wie einst Augsburg, Mailand und Venedig gross waren und nun längst verschwunden sind, der findet leicht den Muth, trotz der üblen Tagesströmung für die Börse ein Wort einzulegen und es der ernsten Erwägung aller patriotischen Männer anheim zu stellen, ob es denn gut und wünschenswerth sei, dass Wien, die fast einzige grosse Handelsstadt unseres Reiches, zur Abdication gezwungen werde. Wer das nicht will, der darf auch den Verfall der Börse nicht wollen; denn sie ist der Barometer, der Wind und Wetter im wirthschaftlichen Leben anzeigt. Man kann ihn zerschlagen, ohne Wind und Wetter zu beeinflussen, aber man begibt sich des Wegweisers und wie heute jeder Landwirth an seinem Fenster das Instrument hängen hat, das ihm den Luftdruck anzeigt und ihn

danach seine Dispositionen treffen heisst, so bedarf jeder grosse wirthschaftliche Organismus — und der grösste ist der Staat — eines solchen Wegweisers. Es ist die Thorheit des falschen Biedermanns, welcher sich achselzuckend von der Börse abwendet, es ist die wirthschaftliche Unwissenheit des im Actenstaube ergrauten Doctrinärs, welche sich gegen die Machtstellung der Börse erklärt.

Seyd gibt in seiner jüngst erschienenen Flugschrift mit der ihm eigenen unübertrefflichen Klarheit eine Darstellung von den international armen und reichen Ländern. Oesterreich figurirt weit voran unter den armen, unsere Handelsbilanz ist jährlich passiv. Vernichtet man die Börse, so lässt man dem Auslande, dessen Capital wir jährlich zu Darlehen nehmen, zwar die Gewissheit, dass wir passiv sind, aber man nimmt ihm den leichtesten und bequemsten Maasstab, mit dem es unsere Zustände controliren kann, und sicher hängen die massenhaften Rückverkäufe des Auslandes an österreichischen Anlage-Papieren mindestens ebenso intensiv mit der Devastation der Wiener Börse zusammen, als mit den andern dafür angegebenen Ursachen.

Ich verlange nicht für die Börse, dass man sie berausche, fordere überhaupt kein Medicament für sie. Was ich allein will und wofür sie sicherlich grossen und reellen Dank bringen wird, ist, dass man sie nicht weiter ignorire. Denn, wird diese Methode fortgesetzt, dann bezahlen nicht die Wenigen, welche sich täglich drei Stunden am Schottenring versammeln, die Zeche, sondern die Verheerungen treffen das Publikum, den Mann, der im Schweisse seines Angesichts Ersparnisse gemacht und sie in vom Staate garantirten Eisenbahn - Papieren angelegt hat. Er erschrickt und verkauft zum schlechtesten Preise, um den letzten Rest zu retten. Die Börseverächter sagen freilich, er solle nicht verkaufen, aber sie könnten eben so gut sagen, eine Armee solle nicht fliehen. Noch mehr: wie in einer guten Zeit der Cours einer Actie auf den Credit des Unternehmens zurückwirkt, so tritt in erhöhtem Maasse dieser Zusammenhang im Augenblicke einer Krise ein und der Cours macht den Credit, d. h. er zerstört ihn und ruinirt das Unter-

nehmen. Ist sich Jemand unter den Vielen, die über die Krise das Wort geführt haben, schon darüber klar geworden, welchen Einfluss die horrende Preisverminderung der Actien auf den Zustand unserer Montan-Industrie genommen hat? Man halte Umfrage in Hohenwang, in Komotau, in Tregist und bei noch gar Vielen, die ich nicht nennen will, weil sie noch nicht todt sind, und man wird erfahren, dass sie noch durchaus zulässige Hypothekar-Darlehen nicht bekamen, weil man ihnen sagte: der Cours spricht — ihr seid fallit, wir können euch nichts borgen! Und besässen andere solche Actien-Gesellschaften nicht eine mächtige Patronanz, welche ihnen Darlehen gewährt, wenn die dafür geleistete Sicherheit auch nicht über jeden Zweifel erhaben ist, so würde dieser Theil des Courszettels nicht blos dezimirt erscheinen. Und schliesslich ist es doch auch die Börse, welche bei der Taxirung des Staats-Credites ein schwerwiegendes Wort spricht, gegen welches schon oft genug und selbst in Oesterreich die Vorbehalte der Parlamente wirkungslos geblieben sind. Ich wiederhole deshalb, ich will keine Hilfe, ich will keine Unterstützung der Börse, ich will als ein Mittel zur Bekämpfung der Krisis, dass man die Börse fürderhin nicht mehr beunruhige, dass man dasjenige, was man ihr zu sagen hat, ihr in wohlwollender Weise eröffne.

Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, dass hieher vor Allem die neue Actien-Gesetzgebung zu rechnen ist. Man hat in Oesterreich, obwohl so nahe an Deutschland, nicht gesehen und gehört, was in diesem Nachbarlande, welches trotz seiner im Kriege gewonnenen fünf Milliarden von einer kaum geringeren Krise heimgesucht worden ist, geschah. Auch da hat man geglaubt, eines der besten Mittel, der Wiederkehr derartiger Elementar-Ereignisse zu steuern, sei ein neues, verschärftes Actiengesetz. Da erhob sich ein Mann, sein Name ist Eduard Lasker, den nicht einmal Herr Lienbacher, trotz der Verschiedenheit ihrer Confession, als einen Anwalt der Börse oder gar des Schwindels erklären wird, und sagte, es sei selbst bei den wohlwollendsten Intentionen ganz unmöglich, in der Aufregung dieses Augenblicks ein solches Gesetz

zu votiren; er beantrage desshalb, die Berathung auf drei Jahre hinauszuschieben. Solch ein Lasker fand sich in Oesterreich nicht. Wenn wir auch auf den Abgeordneten-Bänken ihn nicht zu suchen unternahmen, so hätten wir ihn doch auf der Minister-Bank sicher zu treffen geglaubt. Unser Justizminister ist eine Zierde des Rathes der Krone, eine Perle des Landes, allein er beging, als er es unternahm, ein neues Actiengesetz zu entwerfen, zwei Fehler: Erstens, dass er es überhaupt in diesem Momente that, und zweitens in der Wahl der Person, der er diese Arbeit anvertraute. Das ist die Signatur des Gesetzgebers, dass er wohlwollend die Interessen wahrnehme, die ihm anvertraut sind, und eine solche wohlmeinende Natur ist der Referent nicht, aus dessen Feder dieses Actiengesetz stammt. Ich werde es vermeiden, in eine Kritik desselben nach einer so erschöpfenden Behandlung, wie sie im Abgeordnetenhause stattgefunden hat, einzugehen; was ich will, ist, die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf den Verlauf dieser Verhandlung zu lenken.

Das Gesetz kam in das Haus und fand eine Partei, die es bekämpfte, und eine andere, die es vertrat. Nun will ich kein Wort darüber verlieren, wer unter den Gegnern der Vorlage gewesen ist. Ich will nicht untersuchen, ob denn Herr Gomperz zu jenen Tantièmensüchtigen zu zählen ist, die sich durch das neue Actiengesetz bedroht sehen, und doch bekämpfte er fast jeden wesentlichen Paragraph; oder ob Hofrath Beer ein patentirter Gründer sei, der für seine Provisionen zittere; oder ob Baron Scharschmid sich durch den Gedanken an zukünftige Syndicats-Gewinne leiten lässt. Ich bin auch darüber nicht orientirt, wie gewichtig die egoistischen Interessen des Herrn Teuschel, des Herrn Gögl oder des Herrn Isbary bei ihrem Votum gegen die Bestimmungen des Gesetzes in die Wagschale fallen. Mein Blick lenkt sich vor Allem auf die Anwälte des Gesetzes und da möchte ich denn den Herrn Justizminister fragen, ob er glaubt, Herr Lienbacher besässe noch mehr practische Erfahrungen und gereiftes Wissen auf diesem Gebiete, als die früher Genannten. Dr. Glaser wird

sicherlich die Frage in dem Sinne beantworten, dass unter den Gegnern des Gesetzes mehr Sachkenner sind, als unter seinen Anwälten, etwa mit Ausnahme des Herrn Dr. Kaiser, welcher in der kurzen Zeit, als er Verwaltungsrath der Wiener Tramway-Gesellschaft war, sich manche kostbare practische Erfahrung geholt haben mag. Es muss also die demonstrative Vertretung des Gesetzes durch die Herren Lienbacher und Pflügl einen anderen Sinn haben. Aus Opposition gegen das verfassungstreue politische System hat diese Partei das Actiengesetz unterstützt. Die clerikal - feudale Partei weiss aus mancher schmerzlichen Erfahrung, wie werthvoll die Bundesgenossenschaft der finanziellen Kreise für die Verfassungspartei allezeit gewesen ist, sie ist sich darüber klar, dass, wenn hier die Axt angelegt wird, zugleich eine der mächtigsten Säulen unserer Partei fällt. Und darum haben die Ultramontanen und die Polen und alle malcontenten Elemente des Abgeordnetenhauses, das social-demokratische Fähnlein miteingeschlossen, für das Gesetz votirt. Diesem Bunde werden wir auf politischem Wege noch oft genug gegenüberstehen. Das Ministerium Auersperg-Lasser-Unger-Glaser hat schwerlich den Beruf, ihm in die Hände zu arbeiten, indem es sich eines mächtigen Bundesgenossen entledigt. Das Actiengesetz hat, bevor es in Giltigkeit erwächst, noch einen weiten Weg zu machen, ich appellire nicht blos an das wirthschaftliche, sondern auch, und vor Allem, an das politische Verständniss unseres Herrenhauses, dass es bei dieser Vorlage der Regierung erleichtere, von ihrem bedenklichen Irrthume zurückzukehren. Man mache, wenn man nicht mehr warten kann, ein neues Actiengesetz, aber man schaffe kein solches, welches zur Waffe in der Hand politischer Gegner wird; man gebe damit der Börse — ich muss das Wort aussprechen, denn ich liebe die Vertuschung nicht — die Beruhigung, dass man das Associationswesen nicht unmöglich machen will, und man zeige der eigenen politischen Partei, dass der Wunsch, Uebelständen abzuhelfen, nicht bis zum Extrem der Gefährdung des eigenen Ich führen darf.

VII.

Die allgemeine Finanzlage wurde bisher nicht berührt, obwohl gerade sie zu mancher Betrachtung herausfordert. Es ist noch nicht lange her, dass man von Oesterreich sagte, die Staatsfinanzen seien freilich schlecht, aber das Land besitze unerschöpfliche Hilfsquellen. Die Krise, in deren letztem Drittel wir hoffentlich stehen, hat zu Umkehrung dieses Satzes geführt, das Land erscheint arm und hilflos, die Finanzen des Staates sind blühend wie fast noch nie. Der Finanzminister ist in der glücklichen Lage, mit grossen Cassaüberschüssen aus einem Jahr in das andere überzugehen, Steuerrückstände gehören zu den Seltenheiten; die directen Abgaben steigern sich und das rechnungsmässige Deficit wird alljährlich ebenso rechnungsmässig durch die Veräusserung längst zum Verkaufe bestimmter Rententitel gedeckt, die dann abermals nicht verkauft werden, weil das Bedürfniss dazu durch die factische Gebahrung sich nicht ergibt. Der Finanzminister hat darum ebenso Recht wie das Parlament, wenn sie bei dieser Sachlage auf die Wahrung des Staatscredites mit grösster Sorgfalt bedacht sind. Es kann dem durch Jahrzehnte an chronische Defizite und periodisch wiederkehrende Anlehen gewohnten Lande nur zur grössten Wohlthat gereichen, wenn es sich der Nothwendigkeit des Schuldenmachens enthoben fühlt, und manche Rücksichtslosigkeit, die Ueberhörung manches berechtigten Schmerzensschreies erscheint erklärlich unter diesem einen Gesichtspunkte. Allein das Axiom würde sich bis zur letzten Consequenz nur dann verfolgen lassen, wenn dieses glückliche Verhältniss auf die gesicherten Revenuen des Staates aus seinem eigenen Besitze basirte. Die Gewinne des Finanz-Aerars aus eigenen Unternehmungen sind aber bekanntlich sehr gering und alljährlich wird mit Recht der Gedanke weiter verfolgt, den Staat jeder selbstständigen industriellen Production zu entkleiden und seine Hilfsmittel ausschliesslich aus den Beiträgen der Steuerzahler und den indirecten Abgaben zu holen. Die Fähigkeit hiezu ist im untrennbaren Connexe mit dem Erwerbe eines jeden Einzelnen. Ich gehöre nicht zu jenen

Pessimisten, welche da glauben, die Krise habe schon jetzt die Steuerkraft des Landes ernstlich angefressen; denn die landwirthschaftliche Production hat nicht abgenommen, die Industrie ist empfindlich geschwächt, aber bereit, bei der ersten Steigerung des Consums wieder mit voller Kraft zu arbeiten und die erlittene Einbusse rasch wett zu machen, und nur die Abgaben der bereits wieder vom Schauplatz verschwundenen, sowie der in ihren Erträgnissen beeinträchtigten Actiengesellschaften haben eine wesentliche Verringerung erfahren. Der letztere Umstand ist nicht genügend, um eine Staatsaction zu seiner Besserung räthlich erscheinen zu lassen.

Der Staatscredit, das mit peinlicher Sorge gewahrte Juwel hängt aber bei der notorischen Passivität Oesterreichs auch von anderen Factoren ab, welche im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen zum Theile schon berührt worden sind. Er culminirt nicht blos in der Frage: Wie theuer könnte der österreichische Finanzminister in diesem Augenblicke hundert oder zweihundert Millionen Rente verkaufen oder eine Goldanleihe erhalten, sondern er wird auch durch die Scala berührt, mit welcher man seine Garantie und die Zukunft seines Budgets misst. Leider stehen die Verhältnisse augenblicklich so, dass die Garantie-Verpflichtung Oesterreichs schlechter taxirt wird, als sein etwaiges directes Bedürfniss angeschlagen würde; und dass man auch die Zukunft unseres Staatsvoranschlages im Auslande nicht für absolut gesichert hält, beweist die Thatsache, dass viele fremdländische österreichische Staatsgläubiger zur Realisirung ihrer Forderung im Wege des Verkaufes ihres Rentenbesitzes nach Oesterreich schreiten, und dass das österreichische Papiergeld ein grösseres Disagio erfährt, als der Sachlage entsprechend wäre. Würde unser Import sich seit einem Jahre unverhältnissmässig gesteigert oder unser Export sich ebenso vermindert haben, würden wir unter einer schlechten Ernte leiden, oder wäre Oesterreich unter die Länder zu zählen, welche die Goldwährung führen, dann liesse sich das letztere Missverhältniss mit Rücksicht auf die bestehende unbedeckte schwebende Schuld eher begreifen. Unter den

grossen Ländern des Continents ist Oesterreich aber derjenige Staat, welcher die reine Silberwährung führt. Aus Deutschland sind Unsummen von Silber ausgeführt worden und es hatte auch den Anschein, dass Oesterreich der Vortheile theilhaftig werden sollte, welche ihm aus seiner isolirten Stellung zukommen. Das war indessen nur eine vorübergehende Erscheinung und die Prämie, welche wir für Silbermetall zahlen müssen, hat sich anstatt zu fallen, gesteigert und erhält sich auf dem höheren Niveau, ohne dass Wien von dem Streite berührt ist, der augenblicklich zwischen London, Paris und Berlin geführt wird, und welcher schon zu einer Prämie in dem die reine Goldwährung und wohlgeordnete Finanzen besitzenden Deutschland Veranlassung gegeben hat. Es ist demnach klar, dass die neuerliche Steigerung des Silberagios in Oesterreich mit dem Verlaufe der Krise in Zusammenhang gebracht werden muss und dass dasselbe als ein Ausdruck der Ansichten des Auslandes über unseren Staatscredit anzunehmen ist. Man erzählt, dass der Finanzminister Studien über die Valuta-Regelung mache, für welche das Jahr 1876 gesetzlich in Aussicht genommen werden muss. Man kennt aber auch die ganz richtige Ansicht des Freiherrn von Pretis, dass diese Regelung nicht im Wege von Gesetzes-Paragrafen decretirt werden könne, sondern durch die Thatsachen erst herbeigeführt werden müsse, bevor man sie in legislatorische Formen zu giessen vermöge. Ist das richtig, dann ergibt sich für unseren verehrten Schatzkanzler die Nothwendigkeit nicht blos vom Standpunkte der Steuerkraft des Landes, sondern auch im Hinblick auf die Aufgabe der Valuta-Regelung, die Krise in das Auge zu fassen und zu ihrer Linderung mit beizutragen damit wenn die Valutafrage unabweislich an ihn herantritt, die Schwierigkeiten ihrer Lösung nach Möglichkeit gehoben erscheinen. Der Herr Finanzminister verschliesst sich auch dieser Erkenntniss gar nicht, er hat in seiner Vorlage über Aufnahme eines Anlehens von achtzig Millionen im Jahre 1873 eine Silberschuld proponirt und dabei die Erwägung nicht verhehlt, dass, sobald diese für Aushilfszwecke transitorisch zu verwendende Summe wieder in den Staatsschatz zurückfliesse,

man das ausgeliehene Silber zur Fundirung eines Theiles der schwebenden Schuld benützen könne. Der Gedanke war sehr richtig und heute ist sich wohl auch das Abgeordnetenhaus darüber klar, dass es einen Fehler beging, indem es diesem Gesichtspunkte der Regierung nicht die gehörige Beachtung widmete. Der Herr Finanzminister hat damals vielleicht auch in Betracht genommen, dass er, falls die Krise noch weiter greifen und noch länger dauern sollte, dem wieder erwachenden Misstrauen des Auslandes den Metallgeldvorrath der Regierung entgegenhalten könnte. Dieses Hilfsmittel, dessen Werth sich jetzt noch deutlicher herausstellt als zur Zeit seiner Proponirung, ist verloren gegangen.

Um so gewisser muss der Herr Finanzminister auf andere Mittel sinnen, um die Integrität des Staatscredites auch weiter aufrecht zu erhalten. Das Wichtigste bleibt freilich die Ordnung im Staatshaushalte, das Princip des Sparens, welches ein früherer Finanzminister in der Budgetverhandlung so nachdrücklich betont hat. Allein das Sparen hat seine Grenze und es werden sich nur noch Wenige mehr darüber im Unklaren sein, dass wir hart an derselben angelangt sind, wenn nicht die europäische Diplomatie es zuwege bringt, dass die deutschen, französischen und russischen Bajonette in Pflugscharen und Sensen umgeschmiedet und die Kanonen in Friedensglocken umgegossen werden, eine Chance, die leider eine ernste Erwägung gar nicht verdient. Das Gleichgewicht im Staatshaushalte hängt speziell für Oesterreich in diesem Augenblicke kaum mehr von der Herabsetzung der Ausgaben, sondern in weit höherem Grade von den Einnahmen ab, und so gerne sich die Menge in der Behauptung gefällt, es sei jetzt leicht in Oesterreich Finanzminister zu sein, so sehr ist die Richtigkeit dieser Behauptung zu bestreiten und vielmehr zu sagen, der österreichische Finanzminister habe jetzt erst Gelegenheit, seine Finanzkunst zu beweisen, freilich nicht die Kunst, durch die Creirung von Adelsgeschlechtern und die Verleihung von Wappen eine Anleihe um ein achtel Percent höher aufzubringen, sondern jene wahre Finanzkunst, welche ein solides Schiff über brandende Wogen gut und unversehrt zu führen

vermag. Darin wird sich das staatsmännische Talent des Freiherrn von Pretis erproben, dass es ihm gelingt, die Staatseinnahmen auf ihrer Höhe zu erhalten, Anlehen nur zu Zwecken, die für den Staat productiv sind und die Verzinsung der aufgenommenen Darlehen voll gewähren, zu verwenden und die Regelung der Valuta mit der Gewissheit ihrer Dauer zu ermöglichen.

Kann ein Finanzminister jemals eine grössere Mission haben, als die gefährdete Steuerkraft eines Landes zu conserviren und zu vergrössern? Allen gedankenlosen Projecten, welche während zwanzig Monaten das Pult des Finanzministers überfüllt haben, hat er die gebührende Ablehnung zu Theil werden lassen, alle Pläne, die eine Inanspruchnahme des Staatscredites für die Zwecke Einzelner, und seien es noch so Viele, verlangen, hat er mit gerechter Entrüstung zurückgewiesen. Es waren Kinder des Egoismus, Zerrgestalten und auch mitunter verwerfliche Attentate auf den Staatssäckel.

Wenn aber gründliche, abseits von allem volkswirthschaftlichen Humbug gelegene Erwägungen Mittel und Wege ergeben, einer überwuchernden Krisis ihre Schärfe zu benehmen, so darf man wohl voraussetzen, dass der Finanzminister seine Zustimmung zur Anwendung dieser Maassregeln nicht versagen werde. Ich glaube, im Verlaufe dieser Untersuchungen dargethan zu haben, dass dergleichen noch möglich ist. Wenn ich dem Finanzminister zumuthe, im Hinblick auf die ungeordneten Verhältnisse mancher garantirter Eisenbahn den Standpunkt des starren Rechtes zu verlassen und mässige Opfer dafür zu bringen, dass die Bedenken des Auslandes gegen unsere Eisenbahnpapiere behoben werden; wenn ich dem Herrn Finanzminister anheimstelle, die nicht garantirten Eisenbahnen zu studiren und ihren Gläubigern einen theilweisen Ersatz für ihre Verluste zu bieten, welcher für den Staat unzweifelhaft nur eine vorübergehende und wieder zurückfliessende Ausgabe verursacht, und wenn ich darin die gewiss auch von ihm erkannte Förderung des Staatscredites erblicke; wenn ich dem Herrn Finanzminister nahelege, dass er, nicht überwältigt von dem verständnisslosen Geschrei der Menge die Bedeutung der Börse festhalte und

ihr das mit Recht beanspruchte Wohlwollen auch im Interesse des Staatscredites, wie im Hinblicke auf die internationale Stellung des Landes entgegenbringe, dann habe ich mich wohl keiner Gemeinschaft mit jenen turbulenten Köpfen schuldig gemacht, die zu Plagegeistern der Regierung geworden sind.

Der Herr Finanzminister möge einmal eine Rechnung machen, wie gross die Opfer sind, welche im Namen der hier niedergelegten Ideen von ihm verlangt werden, und insbesondere, wie hoch oder vielmehr wie geringfügig die Summe ist, die vom Staatsschatze *à fonds perdu* verlangt wird. Er möge weiters an der Hand der ihm aufs Genaueste bekannten Ergebnisse des laufenden Jahres die Progression berechnen, in welcher die Steuerkraft des Landes bei einer ferneren Fortdauer der Krise abzunehmen vermag, und das Resultat dieser Rechnung sei sein Leitstern.

VIII.

Die Förderung der Industrie mittelst Erschliessung neuer Absatzgebiete im Auslande durch die bereitwillige und rastlose Hilfe des Ministers des Aeusseren, sowie durch die Zurückführung der Production von den Irrthümern einer bisher manigfach anfechtbaren Reellität zu den Grundsätzen strenger geschäftlicher Moral, die Sicherung des Verkaufes der Industrie-Erzeugnisse im Wege des inländischen Zwischenhandels durch Verdrängung ausländischer Fabrikate, die Erleichterung der Erzeugung durch die Verminderung der Kosten insbesondere des Transportes, und durch billigeren Escompt; die Ordnung der bezüglich einzelner garantirter Eisenbahnen schwebenden Differenzen, sowie das Studium und die Lösung der Frage der nicht garantirten Eisenbahnen im Wege der staatlichen Zinsengarantie für die im Verhältniss zu ihrem heutigen Marktpreise und zur Chance ihrer Verzinsung stehenden Obligationen; die Herstellung eines Eisenbahnnetzes von Staatswegen, welches

über die Verzinsung des darin aufgewendeten Capitales im Vorhinein Gewissheit gibt und zugleich der Regierung die Handhabe bietet, das Eisenbahnwesen in Oesterreich überhaupt ernstlich zu beherrschen; die Hintanhaltung der in den Hypothekarschuld-Verhältnissen der Baugesellschaften liegenden Gefahren und die durch die Staatsverwaltung, die Commune Wien, den Stadterweiterungsfonds und die betheiligten Hypothekar-Institute zu fördernde, langsame und von erschütternden Zwischenfällen freie völlige Beseitigung dieser Kategorie von Actiengesellschaften; das der Börse in Anerkennung ihrer für die Stellung Oesterreichs auf dem internationalen Geldmarkte nothwendigen Bedeutung entgegenzubringende Wohlwollen und speziell die Vermeidung von Böswilligkeiten gegen dieselbe; die Anwendung aller zur Erhaltung und Hebung der Steuerkraft des Landes zweckdienlichen Mittel — das ist die Summe der Vorschläge, welche hier niedergelegt sein sollen.

In einer ernsten Zeit wie die gegenwärtige, ist es die Pflicht eines jeden Einzelnen, sobald er sich im Besitze eines vernünftigen Gedankens glaubt, und insbesondere ein zwingendes Gebot für Solche, welche die Angelegenheiten der öffentlichen Wirthschaft aufmerksam verfolgen, die Kritik ihrer Vorschläge nicht zu scheuen. Ich bilde mir nicht ein, ungeheuer originell gewesen zu sein, die Originalität hat immer auch ihre bedenklichen Seiten. Ich habe nur gemeint, es seien practische Gesichtspunkte, welche sich mir aufdrängten, und sie deshalb in diesen Zeilen niedergelegt. Finden Diejenigen, deren Beistand hier angerufen ist, dass ihnen zu grosse Zumuthungen gemacht werden, oder dass die von ihnen verlangte Hilfe zwecklos angewendet sein würde, glaubt insbesondere die Regierung, ihren bisherigen Standpunkt zu verlassen und sich auf das Gebiet vager Versuche zu begeben, indem sie den einen oder anderen dieser Vorschläge aufgreift und nach ihrer sicherlich grösseren Sachkenntniss practisch macht, dann mögen diese Blätter zu der vielen Maculatur wandern, welche die Krise der Jahre 1873 und 1874 bereits auf dem Gewissen hat.



Druck von Eduard Sieger in Wien.